

Schulzeitung.

Pädagogische Wochenschrift.

Organ des Schlesischen Lehrervereins, des Pestalozzi-Vereins für die Provinz Schlesien sowie
des Schlesischen Turnlehrer-Vereins und des Schlesischen Lehrervereins für Naturkunde.

No. 48.

Breslau, den 26. November 1908.

37. Jahrgang.

Inhalt: Ortszulagen nicht pensionsfähig? — Schafft die Lehrerbesoldungsvorlage einen Ausgleich? — Die Klagen über die unzureichenden Leistungen der heutigen Volksschule und ihre Ursachen. (Schluß.) — Das Lehrerbesoldungsgesetz in der Kommission. (Fortsetzung.) — Fünfter Preußischer Lehrertag. — Soll die Lehrerschaft in Jugendfürsorge-Organisationen mitarbeiten? — Indirekter oder unreligiöser Religionsunterricht. — Wochenschau. — Mitteilungen. — Amtliches. — Vereinsnachrichten. — Vermischtes. — Rezensionen. — Vakanzen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Ortszulagen nicht pensionsfähig?

Es ist möglich, daß beim Erscheinen dieser Nummer der Schulzeitung die Entscheidung über die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen in der Kommission zur Beratung des Besoldungsgesetzes bereits gefallen ist. Ich erwarte diese Entscheidung, ob sie sich inzwischen vollzogen hat oder noch aussteht, auch im positiven Sinne, denn das gegenteilige Resultat wäre eine einzig dastehende Ungeheuerlichkeit im staatlichen Besoldungswesen. Aber die Tatsache, daß eine Partei — die des Herrn von Zedlitz — ernsthaft Anträge stellt, die Ortszulagen als nichtpensionsfähig zu erklären, macht eine Erörterung der Angelegenheit doch notwendig. Noch lang ist der Weg, den unsere Besoldungsvorlage bis zur endgültigen Verabschiedung zurückzulegen hat.

Die Form der Ortszulagen ist gewählt worden, weil ohne sie die Festsetzung von Normalgehältern statt der bisherigen Mindestsätze bei den Zahlen des Entwurfs eine Unmöglichkeit war. Ohne Ortszulagen konnte es bei dem Stande der Lehrerbesoldung in den Großstädten nur Mindestsätze geben. Solche sah bekanntlich auch das Staffelungsgesetz der vorigen Session vor. Die Ortszulagen sind*) in der Regel ungefähr gleich hoch oder nur wenig höher als die Differenzen zwischen den künftigen Normalsätzen und den bestehenden Gehaltsordnungen; den Städten des Ostens bringen sie etwas größere Vorteile. Aber hier wie dort wären Tausende von Lehrern im Falle der Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen gezwungen, die neue Besoldungsordnung für sich ablehnen zu müssen. Die jüngere Generation könnte im Vertrauen auf eine spätere gesetzliche Änderung die ungünstigen Pensionsbestimmungen des neuen Gesetzes außer acht lassen, die ältere nicht. So wären es gerade die im harten Volksschuldienste grau und alt gewordenen Lehrer, welche bei der Neuordnung vollkommen leer ausgingen. Kann das der Gesetzgeber wollen?

Die Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen würde die Lehrer in eine Ausnahmestellung unter allen Beamten bringen. Wohl kommt es vor und es ist vielleicht Regel, daß im Reiche und Staate und in den Gemeinden die Einkünfte der Beamten aus Nebenämtern nichtpensionsfähig sind. Das gilt auch von Reiseaufwendungen und Repräsentationsgeldern. Nirgends aber wird einem Beamten ein gesetzlich garantierter Besoldungsteil für die Berechnung des Ruhegehalts außer Kurs gesetzt. Die Ortszulagen sollen weder gezahlt

werden für ein Nebenamt, noch gewährt man einem preußischen Volksschullehrer Repräsentationsgelder. Sie sind ein zur Bestreitung des Lebensunterhalts einer Lehrerfamilie absolut notwendiger Besoldungsbestandteil. Sonst hätte sie die Staatsregierung überhaupt nicht eingefügt. Einen solchen gesetzlich zustehenden Besoldungsteil will man für nichtpensionsfähig erklären? Das hieße nichts mehr und nichts weniger, als die bestehenden Gesetze über die Ruhegehälter der Lehrer und über die Versorgung ihrer Witwen und Waisen ausschalten zu wollen. Die Höchstpension der Lehrer in größeren Schulverbänden würde dann künftig nicht mehr 75 Prozent ihres Diensteinkommens, sondern nur noch etwa 66 Prozent und weniger betragen. In gleicher Weise erhalte damit eine Schädigung der Witwen und Waisen der Lehrer gesetzliche Sanktion. Dazu kann das Preussische Abgeordnetenhaus seinen Beistand unmöglich bieten.

Man darf sich darüber keiner Täuschung hingeben, daß die Erklärung der Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen konsequenterweise auch auf Bezüge anderer Lehrerkategorien ausgedehnt werden kann. In erster Linie würden die von der Kommission beschlossenen fünf- und zehnprozentigen Zulagen für erste und alleinstehende Lehrer betroffen werden, wenn bisher auch davon nicht die Rede gewesen ist. Aber auch die Kantoren hätten für ihre Kirchenamtsentschädigung zu fürchten, umso mehr als dieser Einkommensteil streng genommen aus einem Nebenamt fließt. Man warte die weitere Diskussion über die Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen nur ab; es wäre verwunderlich, wenn diese Konsequenzen nicht gezogen würden. Darum sind die Anträge der Konservativen und Freikonservativen für die Gesamtheit des Lehrerstandes von gleich bedenklicher Bedeutung, und es bleibt unverständlich, wie Kollegen zu solchen Zielen ihre Zustimmung geben können.

Für die Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen machen die Antragsteller geltend, die pensionierten Lehrer sind an das teure Großstadtpflaster nicht mehr gebunden, sie können ihren Lebensabend in billigen Landgemeinden beschließen. Selten ist ein Argument von gleicher Kaltherzigkeit und Gesinnungsleichtigkeit gegen unsern Stand beigebracht worden. Es erinnert stark an die „verhungerte Lehrerwitwe“, die ein Abgeordneter erst sehen wollte, ehe er sich für eine Erhöhung der Reliktenbezüge entschließen konnte. Nicht weil das Leben auf einem stillen Dorfe mir unerträglich erscheint, fällt dies Urteil, sondern weil in der Begründung des Antrages zum Ausdruck kommt: Der alte Lehrer hat keinen Anspruch darauf, seine letzten Tage und Jahre in der ihm lieb gewordenen Umgebung und in Gemeinschaft mit ihm alt ge-

*) Im Westen der Monarchie.

wordener Arbeitsgenossen zu vollbringen. Ebenso wenig ist auf Familienverhältnisse, die den pensionierten Großstadtlehrer vielleicht an seine frühere Wirkungsstätte fesseln, Rücksicht zu nehmen. Reicht der Pensionssatz vom Normalgehalt für den pensionierten Danziger Lehrer für sein Verbleiben in der alten Hansastadt nicht aus, so schlage er seine Hütten auf der Kurischen Nehrung auf!

Hat Herr v. Zedlitz daran gedacht, welche allgemeine Perspektive für die Staatspensionäre er damit eröffnet? Findet der Grundsatz, die Pension ist nicht höher zu bemessen, als es für die standesgemäße Lebensführung in den billigsten Orten der Monarchie notwendig erscheint, erst auf eine Staatsdienergruppe Anwendung, dann liegt seine Ausdehnung auf die übrigen nicht fern. Politische Köpfe, die den Zedlitzschen Gedanken weiter denken werden, wird es im Parlament schon geben. Vielleicht kommt man gar darauf, für die Reichs- und Staatspensionäre in weltfernen Gegenden Asyle und Spitäler zu errichten, natürlich für die einzelnen Stände gesondert. Dann leben sie alle im unfreiwilligen Exil, vom Volksschullehrer bis zum Minister und General a. D., die Seehandlungspräsidenten a. D. nicht ausgeschlossen.

Bis dahin aber schaffe man für Lehrer kein Ausnahmegesetz. —r.

Schafft die Lehrerbesoldungsvorlage einen Ausgleich?

Von der Revision des Besoldungsgesetzes hat die preußische Lehrerschaft einen Ausgleich ihrer rückständigen Gehaltsverhältnisse mit den Gehältern der Beamten erwartet. Auch diejenigen, die eine vollständige Erfüllung der ausgesprochenen Wünsche nicht zu hoffen wagten, erwarteten doch eine starke Annäherung an die Gehälter der Beamten. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Nach der Vorlage werden 31 Millionen (die für die Mietsentschädigungen und die kirchlichen Dienstleistungen geforderten 2 Millionen müssen außer Betracht bleiben) für ca. 108 000 Lehrer und Lehrerinnen gefordert, d. h. durchschnittlich für jeden Lehrer weniger als 300 M. Dabei sind allerdings die Ortszulagen nicht berücksichtigt. Sie könnten aber höchstens so viel einbringen, als durch Herabsetzung der Gehälter auf die gesetzlichen Beträge an anderer Stelle verloren gehen würde.

Die Beamtenbesoldungsvorlage verlangt insgesamt für rund 272 000 Beamte 53,2 Millionen, also durchschnittlich für jeden Beamten etwa 200 M. Da die große Mehrzahl der Beamten Unterbeamten sind, bei denen die durchschnittliche Erhöhung erheblich unter diesen Betrag sinkt, so ist die Aufbesserung bei den mittleren und höheren Beamten bedeutend größer. Es erhalten z. B., um einige zahlreiche Beamtenkategorien hervorzuheben,

die Sekretäre und Buchhalter der Finanzverwaltung	durchschnittlich 300 M mehr,
die Gerichtsschreiber u. Sekretäre	" 400 = "
die Gerichtsschreibergehilfen und Assistenten	" über 300 = "
die Gerichtsvollzieher	" = 400 = "
die Kreissekretäre	" = 300 = "

Wo ist da der Ausgleich?

Am wenigsten ist er im Kulturressort selbst erfolgt. Die 10 002 Beamten des Kulturressorts, die an der Aufbesserung beteiligt sind (die Volksschullehrer ausgeschlossen), erhalten zusammen 4 629 000 M, also durchschnittlich 463 M mehr, d. h. die Steigerung ist im Durchschnitt um 50 v. H. höher als bei den Volksschullehrern. Sie ist sogar größer als bei den Lehrern in den Orten mit weniger als 25 Schulstellen, denen man angeblich „von Grund auf“ helfen will. Es entfallen nämlich auf die etwa 66 000 Volksschullehrer in kleinen Orten 30 Millionen Mark, auf den Kopf also 454 M; die etwa 42 000 Lehrer in den Orten mit mehr als 25 Schulstellen sollen zusammen 3,15 Millionen Mark, d. h. durchschnittlich 75 M (!) erhalten. Das ist kein Ausgleich. Es

ist deswegen mit Freuden zu begrüßen und nur recht und billig, daß sich nahezu alle Parteien des Abgeordnetenhauses für eine namhafte Erhöhung der für die Volksschullehrer vorgeschlagenen Gehaltssätze ausgesprochen haben. Hoffentlich lassen sie sich davon auch durch die Einwendungen des Finanzministers nicht abbringen. Daß die Regierung einem einmütigen Votum des Abgeordnetenhauses gegenüber es aufs Scheitern des Gesetzes ankommen lassen sollte, ist nicht wohl anzunehmen.

K. d. D. L.

Die Klagen über die unzureichenden Leistungen der heutigen Volksschule und ihre Ursachen.

(O. Kosog.)

(Schluß).

Was in Geschichte den Schüler vielfach an Zahlen aufgebürdet wird, lese man in dem trefflichen Artikel des Kollegen Pohl-Cottbus nach („Schles. Schulztg.“ 1904, No. 21).

Noch schlimmer steht es in Geographie. Da müssen die Schüler nach einem uns vorliegenden Lehrplan bei Frankreich folgende Gebiete unterscheiden: Westalpen und Rhonegebiet, Jura- und Vogesenengebiet, Pyrenäen- und Garonnebecken, französisches Mittelgebirge, das Hügelland der Bretagne, das Pariser Becken. Und was in den Lehrbüchern den Schulen zugemutet wird, davon nur ein Beispiel für viele. So heißt es in der Geographie von Nowack bei Ostpreußen: „Der Pregel fließt zusammen aus: Inster, Pissa und Angerapp. Er nimmt bei Wehlau die Alle auf. Bei Tapiau sendet er einen Arm, die Deime genannt, nach dem kurischen Haff. Unterhalb Tapiau teilt er sich in zwei Arme, die sich in Königsberg vereinigen. Unterhalb Königsberg fließt der Pregel ins frische Haff. Aus der Deime kommt man durch den großen Friedrichsgraben nach der Gilge.“ Jeder Kollege schlage sich an seine Brust und frage sich, ob er diese Weisheit vor dem Nachlesen hätte herbeten können. Und dabei stammt das zitierte Buch von einem im praktischen Schuldienst ergrauten Manne, ist in zwölfter Auflage erschienen und in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet. Was soll ein solches Buch in der Hand der Schüler oder auch nur in der des Lehrers? Die Nomenklatur tötet alles.

Auch die Naturbeschreibung kann sich über Stoffmangel nicht beklagen, und wenn der Durchschnitt unserer sogenannten Gebildeten ein Viertel von dem wüßte, was die Zöglinge unserer mehrklassigen Volksschulen in Physik und Chemie lernen müssen, so könnte er froh sein.

Eine große Überlastung der Schüler stellt endlich der Gesangunterricht dar, und zwar insofern, als es bei uns Herkommen ist, daß die Texte sämtlicher gesungenen Lieder memoriert werden müssen. Die Folge davon ist, daß die Schüler zwar eine Unmenge von Liedern lernen, aber nur sehr wenige sicher können und, wenn sie nach beendeter Schulzeit ein einfaches Volkslied singen sollen, versagen. Bei jedem Gesangverein ist es selbstverständlich, daß sich die Mitglieder mit Text und Noten aufs Podium stellen; nur die Kinder müssen alles auswendig singen. Man breche endlich mit diesem alten Zopf, lasse soviel Lieder singen, als es die Zeit gestattet; zur festen Einprägung aber genügen vielleicht 20—30 wirkliche, gute Volkslieder, die das Kind als unverlierbares Eigentum mit ins Leben hinausnehme; dieser Schatz wird ihm mehr nützen als sämtliche Kunstlieder zusammengenommen.

Wohin wir demnach blicken, überall starrt uns das Gespenst der Stoffüberbürdung entgegen. Daher das entsetzliche Hetzen und Hasten, Rennen und Jagen im Unterrichte, nirgends ein Halte-, nirgends ein Ruhepunkt, wo die Schüler einmal etwas verschnaufen könnten und Zeit fänden, das Gewonnene zu verdauen. Nur vorwärts, vorwärts, weiter, weiter! Unsere ganze Arbeit ist viel zuviel extensiv und zu wenig intensiv, wir gehen zuviel in die Breite und zu wenig in die Tiefe, wir arbeiten zuviel für das Gedächtnis und zu wenig für den Verstand. Daher lernen zwar unsere Kinder ungeheuer viel,

aber sie wissen wenig und können noch weniger, da nichts feste Wurzeln zu schlagen vermag.

Woher kommt es aber, daß wir uns von der Stoffüberbürdung so wenig losreißen können? Nun, weil wir uns bei Aufstellung des Lehrplans von falschen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir gehen weniger von den Bedürfnissen des Kindes und des Lebens aus, als vielmehr von den einzelnen Stoffgebieten, und diese predigen uns vor allen Dingen eins: Vollständigkeit. Und nun wird in die Lehrpläne hineingepropft, was sich nur irgend hineinpropfen läßt, und die Überbürdung ist da. Polack schrieb deswegen schon vor etwa 10 Jahren in der „Deutschen Schule“ mit Recht: „Lassen wir $\frac{1}{3}$ unserer bisherigen Unterrichtsstoffe schwimmen, meinetwegen ins Tote Meer; desto bessere Bildungstoffe werden die beiden anderen Drittel abgeben. Das Leben nach seinen Forderungen und das Kind nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten soll man fragen, nicht aber den Drachen der Vollständigkeit. Wenn ich diesem Untier nur wie Daniel aus Pech, Fett und Haaren Küchlein kochen und in den Schlund werfen könnte, damit er berste und nicht länger Freude und Frucht der Schularbeit verschlinge. Mich jammert's, wenn sich viele Leute zu Futterknechten dieses Scheusals machen lassen. Es ist die liebe Eitelkeit, die nicht genug kriegen, nicht genug durchsetzen, nicht genug zur Schau auslegen kann, die glaubt, daß alles, was mit dem lieben Ich-Bilde gestempelt ist, auch zuträglich für die armen Würmer ist.“

Wird die Stoffüberbürdung schon mit der lieben Eitelkeit in Verbindung gebracht, so kitzelt ein anderes diese menschliche Schwäche noch mehr, d. i. das Streben nach zu hohen Zielen.

Man höre z. B. in Religion folgendes: Die göttliche Offenbarung; Echtheit, Unverfälschlichkeit und Glaubwürdigkeit der Offenbarungsurkunden; das Dasein Gottes; Gottes Einheit in der Natur usw. Woher stammt das? Doch jedenfalls aus dem Kolleg eines Professors der Theologie? Ach nein, ein kleiner Irrtum; das lernen die katholischen Schüler in Frankfurt am Main.

Ähnlich ist es vielfach im Deutschen. Wenn schon im III. und IV. Schuljahre so „einfache“ Dinge wie sämtliche sechs Zeiten und sämtliche Arten der Fürwörter behandelt werden, wenn in den folgenden Schuljahren der gesamte Grammatikstoff im Zusammenhange abgetan wird und in den obersten Klassen nur noch von Wortkunde und anderen gelehrten Sachen die Rede ist, wenn man unter den Aufsatzthemen Charakteristiken, Sprichwörtererklärungen und tief-sinnige Abhandlungen vorfindet, so glaubt man es nicht mit einer Volks-, sondern mit einer höheren Schule zu tun zu haben.

Wenn ferner schon mit 9—10jährigen Kindern, die noch nie eine Karte von Europa gesehen haben, über das Drängen germanischer Völker nach Süden und Westen in vorchristlicher Zeit, über den Einfluß der Römer auf die Germanen, über die großen Wanderungen der Westgoten, Vandalen, Angelsachsen, Ostgoten, Longobarden und den Gründen dafür, über die Folgen der Völkerwanderung, über Kapitulare, Gau- und Sendgrafen, über die Folgen der Kreuzzüge für Handel und Gewerbe, für Wissenschaft und Kunst usw. gesprochen werden soll, wenn die Kinder dieses Alters schon die Verfassung des Deutschen Reiches und die Verwaltung des preußischen Staates begreifen sollen, wenn die Schüler auf den höheren Stufen jede Verkleinerung und Vergrößerung des preußischen Besitzstandes, die genaue Erwerbung aller preußischen Provinzen verfolgen müssen, wenn ihnen die Verfassungsgeschichte von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart vor Augen geführt wird, wenn man vielfach wahre Kunstwerke von Schlachtenplänen, die einem Generalstabsoffizier alle Ehre machen würden, auf Schulwandtafeln findet, so müßte man annehmen, daß es Aufgabe der Volksschule sei, Staatsmänner, Diplomaten, Strategen, Geschichtsphilosophen u. dergl. mehr vorzubilden.

Wie es sodann dem Durchschnittslehrer — und mit solchen kann doch im allgemeinen nur gerechnet werden — gelingen soll, intime Reize einer Gegend im Gegensatz zu aufdringlicher Reklame zu zeigen, erscheint ebenso unerfindlich wie die Notwendigkeit, die Schüler der Oberstufe mit dem bis ins einzelste gehenden System des Tier- und Pflanzenreichs bekannt zu machen.

An vielen Orten endlich müssen die Schüler in die Geheimnisse der Quadrat- und Kubikwurzeln, des pythagoräischen Lehrsatzes, der Proportionalität der Linien usw. eingeführt werden, in den Oberklassen der Berliner Schulen wird Arithmetik und Algebra (!) betrieben, und in Charlottenburg hat man sogar den fakultativen französischen Unterricht (!!). Wenn das so weiter geht, wird man wohl allmählich dahin kommen, daß die Abiturienten einer gegliederten Volksschule das Einjährigzeugnis erhalten.

Solche in hochtrabenden Worten dahermarschierenden Lehrpläne nehmen sich nun freilich wunderschön aus — auf dem Papier, das glänzt und gleißt, blinkt und schillert prächtig. Aber nun betrachte man die Kehrseite der Medaille! Obwohl die Lehrer der Oberklassen vielfach darüber klagen, daß zuviel „geschoben“ wird, bleiben häufig 25, ja 30% der Schüler und darüber sitzen; schon beim siebenklassigen System beträgt die Zahl der Schüler, die die oberste Klasse nicht erreichen, 40—50% und beim Achtklassensystem steigt diese Ziffer bis über 60%. Was nutzen da die schönsten, hohen Ziele, wenn sie nicht erreicht werden, wenn ein großer Teil der Schüler überhaupt nicht in die Oberklassen gelangt, so daß er nie in die Lage kommt, einen Brief schreiben zu lernen, mit den so notwendigen bürgerlichen Rechnungen bekannt zu werden und darum, wie wir gesehen haben, bei den einfachsten Aufgaben, wie sie das praktische Leben fast täglich bietet, völlig versagt. Ein derartiges System gleicht einem Blitzableiter, dessen goldene Spitze zwar weithin im Sonnenscheine blinkt, dessen Ableitungstange jedoch von Rost bedeckt ist. Mit einem solchen geht es, so lange es geht. Schlägt es jedoch ein, so fängt zwar die goldene Spitze den verderbenbringenden Strahl auf, die unteren Teile aber vermögen ihn nicht weiter zu leiten, und das Haus geht in Trümmer. Man halte deshalb weniger die goldene Spitze im Auge, denn das Edelmetall wird sich schon aus eigener Kraft vor Rostansatz bewahren, man Sorge mehr für die unteren Teile, und es wird wohl im Hause stehn.

Man wende nicht ein, daß die höheren Schulen ja auch eine sorgfältige Auslese treffen, daß auch bei ihnen die unteren Klassen häufig überfüllt seien, während die oberen leer stehen. Die höheren Schulen haben eine ganz andere Mission zu erfüllen als die Volksschule; sie haben es mit der geistigen Elite des Volkes zu tun, sie haben für die höchsten Stellen im Volke vorzubereiten, und sie müssen deshalb die Ziele möglichst hoch stecken, um die Spreu von dem Weizen zu sondern und das Gelehrtenproletariat möglichst hintanzuhalten. Aufgabe der Volksschule dagegen ist es, der breiten Masse das Rüstzeug fürs Leben mitzugeben. Das kann aber in rechtem Maße erst auf der Oberstufe geschehen. Die Volksschule muß deshalb dafür sorgen, daß möglichst viele Schüler in die Oberklassen kommen; ist das unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich, so sind eben die Ziele zu hoch und müssen herabgesetzt werden.

Endlich krankt unser ganzer Unterricht noch an einem Übel, nämlich an der ungenügenden Pflege der Selbsttätigkeit. Diese Behauptung wird allerdings vielen Kollegen sonderbar erscheinen, da wir doch seit Diesterweg beständig das Wort: „Durch Selbsttätigkeit zur Selbständigkeit“ betonen, die Schüler soviel als möglich selbst finden lassen, Begriffe mit ihnen entwickeln, auf Zusammenfassungen großen Wert legen usw. Mehr kann doch die Selbsttätigkeit gar nicht mehr gepflegt werden. Und doch besteht obige Behauptung zu Recht; denn einmal wird bei der übergroßen Stoffmenge wegen Zeitmangels den Schülern vieles gegeben, was sich entwickeln

ließe, und sodann: wie sind unsere Schüler selbsttätig? An der Hand, am Gängelbande des Lehrers. Wenn sich dieser auf seinen Unterricht vorbereitet, so legt er sich eine lange Schnur zurecht und macht eine Menge Knoten hinein: die Fragen; bei jedem Knoten aber wird nicht bloß erwogen, daß er gelöst, sondern auch wie er gelöst werden muß; also auch die zu erwartenden Antworten stehen schon von vornherein fest. Beginnt die Unterrichtsstunde, so wird die Schnur unter die Schüler geworfen, und diese müssen nun Knoten für Knoten in der vom Lehrer gewünschten Form auflösen. Macht ein Schüler einmal einen Seitensprung und versucht einem Knoten auf andere Weise beizukommen, sofort greift der Lehrer mit einer Hilfsfrage seitwärts aus, nötigt den Schüler wieder an die ihm im voraus angewiesene Stelle zurück und zwingt ihn, den Knoten nach Schema F aufzulösen. Ähnlich ist es bei dem Zusammenfassen. Kaum hat der Schüler einen Satz gesprochen, so kommt vielleicht ein kleiner sachlicher, logischer oder stilistischer Fehler vor; sofort regt sich der Schulmeister in uns, wir greifen ein, es geht nun freilich richtig weiter, aber — mit der Selbständigkeit ist es vorbei. Fehlt nun einmal das Gängelband, die leitende Hand des Lehrers, so stehen die Kinder rat- und tatenlos da. Daraus erklären sich die schlechten Resultate bei der Prüfung der Fortbildungsschüler; hier liegt auch der Schlüssel für die Rückständigkeit der Leistungen von Berlin gegenüber Paris und London.

Begünstigt wird diese Handhabung des Unterrichts durch die ganze Art der Revisionen. Diese vollziehen sich fast ausschließlich mündlich, und es kommt dabei vor allen Dingen darauf an, daß es „klappt“. Daher schneidet gewöhnlich der Lehrer am besten ab, der der beste Fragetechniker ist. Er führt vor dem Revisor ein Fragefeuerwerk auf, daß diesem die Augen übergehen, und doch kann innerlich alles hohl sein.

Schuld an der Unselbständigkeit unserer Schüler trägt ferner der unter dem Einfluß der Herbartschen Schule groß gewordene einseitige Intellektualismus, der die Betätigung zu sehr in den Hintergrund drängte, woraus sich eine übermäßige Ausdehnung des rein mündlichen Unterrichts ergab. Darin lag ein gewisser Vorzug der alten Schule, dadurch werden auch die Nachteile der einklassigen und Halbtagschule zum Teil aufgewogen, daß die Schüler in ihnen verhältnismäßig viel schriftlich arbeiten müssen und dadurch eine gewisse Selbständigkeit erlangen. Was jedoch hier bisher in dieser Hinsicht getrieben wurde, geschah nur, weil man aus der Not eine Tugend machte, nicht aus Einsicht von dem Wert dieser Maßnahme.

In neuester Zeit aber beginnt sich ein Umschwung in den herrschenden Anschauungen zugunsten des Willensprimats geltend zu machen. Man weist nachdrücklich darauf hin, daß der Wert eines Menschen weniger durch seinen Intellekt, als vielmehr durch seinen Charakter bedingt wird. Deshalb fordert man im Gegensatz zu Herbart mehr als bisher Willensbildung. Der Ausfluß des Willens ist das Handeln, die Tat, und deshalb ruft man nach mehr Betätigung der Kinder. Damit wird dem praktischen Leben am besten vorgearbeitet, denn dieses verlangt ein fortwährendes Handeln. Die Selbsttätigkeit ist aber zugleich eine treffliche Stütze der Ausbildung nach der intellektuellen Seite hin; denn was man tut, nötigt zu längerem Verweilen, zu genauerem Anschauen und haftet darum auch besser im Geiste; man denke nur an die Gedächtnishilfe des Niedergeschriebenen im Vergleich zu dem bloß mündlich Gelernten. Vor allem aber muß dafür gesorgt werden, daß das Kind auch wirklich selbständig, ohne fremde Hilfe arbeitet.

Ein Anfang darin ist bereits gemacht worden und zwar in den freien Aufsätzen und in der neuen Zeichenmethode. Das Zeichnen kann jedoch noch weit mehr als bisher zur Pflege der Selbsttätigkeit in anderen Unterrichtsgegenständen herangezogen werden, ebenso das Schätzen, Messen und dergl., wie dies ja auch der Ministerial-Erlaß vom 31. Januar ganz richtig

verlangt. Und hier ist auch der Ort, dem Handfertigkeitsunterricht eine Stelle zuzuweisen, nicht als besonderes Unterrichtsfach, das die Schüler zu Buchbindern, Kunsttischlern, Bildhauern usw. ausbilden will, sondern als Prinzip, das die anderen Fächer, wie Anschauung, Physik, Zeichnen usw. durchdringt und ergänzt. Ebenso muß — was ebenfalls in dem Ministerial-Erlaß nachdrücklich betont wird — weit mehr als bisher schriftlich gerechnet werden. Wie macht es heute fast jedermann, wenn er auch nur ein verhältnismäßig einfaches Exempel auszurechnen hat? Er nimmt Papier und Blei zur Hand und rechnet schriftlich. Viele Schullehrer von heute legen es aber noch dem Lehrer als Faulheit und Bequemlichkeit aus, wenn sie die Klasse betreten und schriftlich gerechnet wird. Hierin müßte gründlich Wandel geschaffen werden. Das gleiche gilt von den schriftlichen Arbeiten. Die wöchentlichen Diktate und Aufsätze mit ihrem tadellosen Äußeren genügen nicht im entferntesten. Ebenso unzweckmäßig ist jedoch die bekannte Forderung, daß jede Stunde eine Schreibstunde sein müsse. Nehmen wir an, daß den Kindern von jeder Stunde vielleicht 10 Minuten zu Niederschriften zur Verfügung gestellt werden. Was geschieht? Die Kinder kauen an ihrem Federhalter und schreiben vielleicht zwei bis drei Sätze nieder. Damit ist aber für die Selbständigkeit so gut wie nichts gewonnen. Dagegen müßte es sich jeder Lehrer zur Regel machen, in gewissen, nicht zu langen Zeitabständen in allen Fächern schriftliche Arbeiten anfertigen zu lassen. Wenn dabei auch ein Teil des Unterrichtsstoffes über Bord geworfen werden muß, so wird das mehrfach dadurch aufgewogen, daß die Schüler Sicherheit gewinnen in der Beherrschung eines Stoffgebietes, in der Konzentration, in stilistischer, orthographischer und grammatischer Hinsicht, kurz, daß sie sich an wirklich selbständiges Arbeiten gewöhnen.

Wenn wir einmal dahin gelangen werden, daß die Selbsttätigkeit der Schüler in genügendem Maße gepflegt wird, wenn auch in den übrigen Punkten gründlich Wandel geschaffen sein wird, dann werden die Schüler dazu kommen, den Stoff nicht nur äußerlich zu erfassen, dann werden sie ihn durchdringen, dann werden sie denken lernen, und dann werden auch die Klagen über die unzulänglichen Leistungen der Volksschule mehr und mehr verstummen. Das ist jedoch Zukunftsmusik, das ist eine Perspektive in eine Zeit, von der wir vielleicht noch weit entfernt sind, da wir mit zu vielen Vorurteilen zu kämpfen haben. Werfen wir dagegen einen Rückblick auf das im vorstehenden gezeichnete Bild der heutigen Volksschule, so müssen wir mit dem Handelsminister sagen, es ist im ganzen nicht erfreulich. Daraus ergibt sich aber ganz von selbst die Forderung:

Es ist Pflicht eines jeden Lehrers, an der Beseitigung aller hemmenden Momente nach Kräften mitzuwirken.

Damit ist die Lehrerschaft vor eine zwar schwere, aber hohe und erhabene Aufgabe gestellt, vor eine Aufgabe, des Schweißes der Edlen wert. Wir stehen am Anfange eines Jahrhunderts, eines Jahrhunderts, dem nach der Ansicht vieler die Sorge für das Kind sein Gepräge geben, das nach dem Rufe der bekannten schwedischen Prophetin Ellen Key von dem Kinde sogar seinen Namen erhalten soll. Wenn das der Fall wäre, so könnten wir uns nur darüber freuen; denn dann würde man an Erziehungsfragen mehr als bisher Anteil nehmen, dann würde man der Volksschule mehr Interesse entgegenbringen, dann würde man mehr für sie übrig haben, und dann würden auch ihre Leistungen sich heben.

Es hieße der preußischen Volksschule ein schweres Unrecht zufügen, wollte man behaupten, sie leiste nichts. Sie leistet jedenfalls das, was sie unter den obwaltenden Umständen leisten kann. Es wäre jedoch ebenso verfehlt, sich stolz in die Brust zu werfen und sich zu rühmen, wie herrlich weit wir es gebracht. Nur Wagnerseelen können das. Solche Kreaturen gehören jedoch nicht in die Schule, da hinein gehören faustische Kraftnaturen, die sich vermessen, Wolken und Himmel zu

stürmen. Dafür, daß es nicht dazu kommt, werden die Verhältnisse schon sorgen. Sie werden den Stürmern und Drängern immer wieder zu Gemüte führen, daß sie nur schwache Erdensöhne sind. Das soll aber nicht entmutigen, das soll im Gegenteil die Kräfte stählen und anspornen, und wenn das Ziel auch nicht ganz erreicht werden kann, so sollen wir ihm doch möglichst nahe zu kommen suchen, eingedenk des schönen Wortes von Otto Ernst: „Wer Großes erreichen will, muß Unmögliches wollen.“

Darum nicht die Hand an den Pflug gelegt und zurückgeschaut, sondern

Frisch hinein in den blitzenden Tag,
In den tauigen Tag, der sich vor uns breitet,
Den keiner von uns bis zum Ende durchschreitet,
Doch rüstig der Fuß, mutig das Herz,
Höher! höher! sonnenwärts!

Das Lehrerbesoldungsgesetz in der Kommission.

(Fortsetzung.)

Seit Abschluß des ersten Berichtes in dieser Zeitung über die Kommissionsberatungen hat nur eine Sitzung am Donnerstag, den 19. November, stattgefunden. Der Bericht in voriger Nummer der „Schles. Schulzeitung“ schloß mit dem Ergebnis der Abstimmungen über die Höhe des Grundgehalts. Heut sei aus den Verhandlungen hierüber am 13. November noch folgendes nachgeholt.

Zunächst ergriff in jener Sitzung ein konservatives Mitglied der Kommission das Wort. Es betonte, daß man bei Feststellung des Gehalts nicht nur auf die Lehrer, sondern auch auf die gesamte Finanzlage und die Steuerzahler Rücksicht zu nehmen habe. Seine Partei fordere 1. ein genügendes Gehalt für die Lehrer (wie hoch soll das wohl sein? — D. Berichterst.) und 2. Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land. Dann erfolgte jene Lobeshymne auf den Lehrerstand, die bereits in der Wochenschau voriger Nummer d. Ztg. wiedergegeben ist. (Möchten ihm auch Taten folgen! — D. Berichterst.) Sodann erklärt der Redner, daß seine Partei für ein Grundgehalt von 1400 \mathcal{M} (freikons. Antrag) für Lehrer und von 1200 \mathcal{M} für Lehrerinnen stimmen werde. (Sollen diese Sätze das unter 1 geforderte genügende Gehalt ermöglichen? —)

Hierauf erfolgte durch den Herrn Finanzminister die Verlesung jenes Briefes eines älteren Lehrers, über den auch bereits in voriger Wochenschau berichtet und geurteilt worden ist. Ein Regierungsvertreter nimmt nochmals Anlaß, die Landkollegen und ihre Arbeit gegen die Vorwürfe von freikonservativer Seite zu verteidigen.

Der nun folgende freisinnige Redner hofft, daß die Konservativen aus ihrer Wertschätzung des Lehrerstandes auch die Konsequenzen ziehen und die Lehrer mit den Sekretären gleichstellen werden. Die Behauptung, daß die Regierungssekretäre schlechter gestellt seien als die Lehrer, widerlegt er durch folgende Aufstellung:

Vergleich zwischen dem Normalgehalt der Volksschullehrer: 1350 \mathcal{M} + 9 \times 200 \mathcal{M} = 3150 \mathcal{M} — und dem Gehalt der Regierungssekretäre: Klasse 21b der Besoldungsordnung: 2100 — 2500 — 2900 — 3300 — 3600 — 3900 — 4200 — 4500 \mathcal{M} . — Endgehalt nach 21 Dienstjahren.

1. Lehrer (ohne Wohnungsgeld).	
4 Jahre je	1080 \mathcal{M} = 4 320 \mathcal{M}
3 „ „	1350 „ = 4 050 „
3 „ „	1550 „ = 4 650 „
3 „ „	1750 „ = 5 250 „
3 „ „	1950 „ = 5 850 „
3 „ „	2150 „ = 6 450 „
3 „ „	2350 „ = 7 050 „
3 „ „	2550 „ = 7 650 „
3 „ „	2750 „ = 8 250 „
3 „ „	2950 „ = 8 850 „
14 „ „	3150 „ = 44 100 „

In 45 Dienstjahren zusammen = 106 470 \mathcal{M} .
Durchschnittlich pro Jahr = 2 366 \mathcal{M} .

2. Regierungssekretäre (ohne Wohnungsgeldzuschuß).

4 Jahre Vorbereitung =	—
5 Diätarjahre =	7 350 \mathcal{M}
3 Jahre je	2100 \mathcal{M} = 6 300 „
3 „ „	2500 „ = 7 500 „
3 „ „	2900 „ = 8 700 „
3 „ „	3300 „ = 9 900 „
3 „ „	3600 „ = 10 800 „
3 „ „	3900 „ = 11 700 „

3 Jahre je	4200 \mathcal{M} = 12 600 \mathcal{M}
15 „ „	4500 „ = 67 500 „

In 41 Dienstjahren und 4 Vorbereitungsjahren =	142 350 \mathcal{M} .
Durchschnitt der 45 Jahre =	3163,33 \mathcal{M}
Lehrer pro Jahr =	2366,— „
Differenz =	797,33 \mathcal{M} .

Verwendet man die 797,33 \mathcal{M} für die Erhöhung des Normalgehalts der Lehrer so, daß 350 \mathcal{M} zum Grundgehalt geschlagen und die verbleibenden 447,33 \mathcal{M} an die Alterszulagekasse gezahlt werden, wofür bei einem Einheitssatz von 40 \mathcal{M} für je 90 \mathcal{M} Alterszulage (9,40 \mathcal{M}) die Alterszulagen um etwa 1000 \mathcal{M} erhöht werden könnten, so wäre den Lehrern bei Gleichstellung mit den Regierungssekretären zu zahlen:

Grundgehalt	= 1700 \mathcal{M}
Gesamtsumme der Alterszulagen =	2800 „
Endgehalt	= 4500 \mathcal{M} .

Anmerkung 1. Das Wohnungsgeld der Lehrer und der Wohnungsgeldzuschuß der Regierungssekretäre ist nicht in Rechnung gestellt, da keineswegs feststeht, daß das Wohnungsgeld der Lehrer höher sein wird als der Wohnungsgeldzuschuß der Regierungssekretäre. — Ist dies dennoch der Fall, so ermäßigt sich das Grundgehalt um den betreffenden Betrag.

Anmerkung 2. Für die diätarische Dienstzeit der Regierungssekretäre sind die in der „Kreuzzeitung“ genannten Summen: 1100 — 1300 — 1500 — 1650 — 1800 \mathcal{M} in Ansatz gebracht. Es fehlt hier der Wohnungsgeldzuschuß; doch ist zu berücksichtigen, daß die diätarischen Bezüge durch die neue Besoldungsordnung bedeutend erhöht werden sollen (5 1/2 Millionen sind eingesetzt), so daß dadurch bis zu einem gewissen Grade ein Ausgleich geschafft wird.

Weiter fordert dann derselbe freisinnige Redner, man möge doch die Forderungen des V. Preuß. Lehrertages erfüllen. Dann werde die von der Regierung gewünschte Ruhe auf dem Gebiete der Gehaltsbewegung eintreten. Durch die gegenwärtige Vorlage werden aber tausende von Lehrerstellen im Gehalt geschädigt. (Genauere stat. Nachweisungen über die Wirkung der Besoldungsvorlage sind in der Denkschrift des Bresl. Lehrervereins zur Besoldungsvorlage enthalten. — D. Red.)

Hierauf tritt ein Abgeordneter des Zentrums für den Antrag ein, das Grundgehalt der Lehrer auf 1500 \mathcal{M} und das der Lehrerinnen auf 1200 \mathcal{M} zu erhöhen.

Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Freunde für 1400 \mathcal{M} Grundgehalt stimmen werden. Dann bringt er den Antrag ein: „Erste und allein stehende Lehrer erhalten nach 5 Jahren ein um 5%, nach 10 Jahren ein um 10% erhöhtes Grundgehalt.“

Der freikonservative Redner, welcher hierauf zu Worte kommt, führt aus, daß die Erklärungen des Herrn Finanzministers großen Eindruck auf seine Partei gemacht haben. Sie wolle durchaus keine Überspannung der Lehrergehälter und habe ihre Anträge unter der Voraussetzung gestellt, daß die Mittel dazu aus den Besoldungskassen genommen werden. (Der geigte Leser merkt wohl schon lange etwas! — D. Berichterst.) Die Spannung zwischen den Gehältern der Geistlichen (6000 \mathcal{M}) und der Lehrer (3150 \mathcal{M}) sei zu groß. Das Hauptgewicht lege seine Partei auf die Alterszulagen.

Ein Regierungsvertreter bekämpft die Anträge auf Erhöhung der Grundgehälter und Alterszulagen, sowie auf Abkürzung der Aufrückungsfrist mit dem Hinweis auf die zu hohen Kosten. Ein freisinniger Redner erklärt noch, daß seine Partei auch für 1200 \mathcal{M} Grundgehalt bei den Lehrerinnen stimmen werde. Die konservativen und freikonservativen Redner stimmen dem Antrage der Nationalliberalen, die ersten und allein stehenden Lehrer betreffend, zu.

Nachdem auf eine Anfrage von seiten des Zentrums der Herr Finanzminister erklärt hatte, daß 1500 \mathcal{M} für die Regierung nicht annehmbar seien, kommt es zur Abstimmung. 1400 \mathcal{M} Grundgehalt werden angenommen. Ein Antrag des poln. Mitgliedes der Kommission, die Ostmarkenzulage unwiderruflich allen Lehrern in den Ostmarken zu gewähren, wurde mit den 14 Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gegen 7 Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen und des Polen abgelehnt.

Die Abstimmungen über die Gehälter der Direktoren und Hauptlehrer, sowie über Alterszulagen wurden zurückgestellt, bis § 27 (Leistungen des Staates) beraten sei.

In der Sitzung am Donnerstag, den 19. November, stand § 2a über die Ortszulagen zur Diskussion.

Die Nationalliberalen, das Zentrum und die Freisinnigen fordern, daß allen Gemeinden das Recht zustehen soll, Ortszulagen zu gewähren. Die Nationalliberalen und Freisinnigen wünschen, daß solche Zulagen ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl bis zu 900 bzw. 1000 \mathcal{M} für Lehrer und 600 \mathcal{M} für die Lehrerin gezahlt werden dürfen. Die Freisinnigen nennen diese Zahlen (1000 \mathcal{M} bzw. 600 \mathcal{M}) nur für den Fall, daß überhaupt eine Grenze gezogen werden soll, und wenn ihr Antrag abgelehnt würde, daß erst dann die Gehälter nicht weiter erhöht werden dürfen, wenn sie das Höchstgehalt der Verwaltungssekretäre erreicht haben.

Die Freikonservativen stellen den Antrag, § 2a wie folgt zu fassen: „Wo nach den besonderen Lebens- und Teuerungsverhältnissen das Dienst Einkommen zu einem standesgemäßen Lebensunterhalt nicht ausreicht, ist von dem Schulverbände eine nicht pensionsfähige Teuerungszulage von mindestens 200 *M* für den Lehrer und 150 *M* für die Lehrerin bis zum Höchstbetrage von 750 *M* für den Lehrer und 500 *M* für die Lehrerin zu gewähren.“

Das Zentrum wünscht folgende Staffelung: In Orten bis 25 000 Einw. bis zu 200 *M* für den Lehrer u. 130 *M* für die Lehrerin, „ 50 000 „ „ 300 „ „ „ „ „ 200 „ „ „ „ „ „ 100 000 „ „ 600 „ „ „ „ „ 400 „ „ „ „ „ „ üb. 100 000 „ „ 900 „ „ „ „ „ 600 „ „ „ „ „ „

Die Konservativen wünschen, daß erst in Orten von über 50 000 Einwohnern nicht pensionsfähige Ortszulagen gezahlt werden dürfen, und daß diese Zulagen 750 *M* bzw. 300 *M* jährlich nicht übersteigen. Eine weitere Staffelung bei den Orten über 50 000 Einw. wird nicht gefordert.

Freisinnige und Zentrum haben für den Fall, daß ihre weitergehenden Anträge abgelehnt werden, Eventualanträge gestellt, daß auch Orten, die weniger als 25 000 Einwohner haben, die aber ein zusammengehöriges Wirtschaftsgebiet bilden (Industriezentren), das Recht gegeben werde, Ortszulagen zu gewähren.

Die Freisinnigen und Freikonservativen fordern, daß gegen die Entscheidung des Provinzialrates in Sachen der Ortszulagen, den Schulverbänden das Recht der Klage beim Oberverwaltungsgericht bzw. der Beschwerde an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, den Finanzminister und den Minister des Innern zustehen soll.

Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen lautet: „Die Gewährung oder Erhöhung von Ortszulagen darf nur in Abständen von je 5 Jahren vom 1. April 1909 ab stattfinden.“

Die Freikonservativen fordern in Verfolg ihres obigen Antrages, daß der Provinzialrat nach Anhörung der Schulverbände bestimmt, wo Teuerungszulagen gezahlt werden dürfen. Von 5 zu 5 Jahren soll das Verzeichnis dieser Orte einer Revision unterzogen werden. In der Zwischenzeit sind die bewilligten Zulagen unänderlich.

Diese beiden Anträge zielen wohl besonders darauf ab, daß die von der Regierung auf dem Gebiete der Gehaltsbewegung gewünschte Ruhe möglichst auch in den Orten eintrete, wo den Gemeinden noch eine geringe Bewegungsfreiheit gelassen werden soll!

Das sind im wesentlichen die Wünsche, welche die Parteien zu § 2a in ihren Anträgen dargelegt haben.

Nun zu den Verhandlungen hierüber selbst.

Zunächst nimmt ein Zentrumsredner das Wort. Er tritt für Ortszulagen ein, da die Lebens- und Teuerungsverhältnisse trotz alles Leugnens in den einzelnen Orten oft recht verschiedenen seien. Er bemängelt dann die Einteilung der Orte, in denen Zulagen gezahlt werden sollen, als zu schematisch, und verspricht, daß seine Partei zunächst für die freisinnigen Anträge eintreten werde, und erst, wenn diese abgelehnt würden, für den eigenen. Nur im Notfalle werde sie für die Regierungsvorlage stimmen, da sie doch etwas bringe. Zur Besoldung der Direktoren äußert er sich: „Die Direktoren betrachten wir nicht als einen besonderen Stand, sie gehören nach unsrer Ansicht zu den Volksschullehrern und sollen als solche auch an den Ortszulagen teilnehmen.“

Darauf nimmt ein Regierungsvertreter das Wort. Trägerin der Schullasten ist die Gemeinde. Der Staat hat den Lehrern ein bestimmtes Gehalt zu gewährleisten und leistungsfähige Gemeinden soweit als nötig zu unterstützen. Darüber seien sich alle Parteien einig, daß die Gemeinden durch Gesetz gezwungen werden, ein bestimmtes Mindestgehalt zu zahlen; nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob auch ein Höchstbetrag festgelegt werden soll. Er stellt dann fest, daß erstlich keine Partei ein Einheitsgehalt wolle, da alle Anträge über die Einheitssätze in irgend einer Weise hinausgehen. Die Forderung der Lehrer „Gleichstellung mit den Sekretären, eventuell mit den Abänderungen, welche durch eine etwaige frühere endgültige Anstellung der Lehrer und die Gewährung der vollen Mietsentschädigung bedingt sind“, können wenigstens in den großen Städten, wo ein Grundgehalt von 2100 *M* und ein Höchstgehalt von 3900 *M* möglich sei, erreicht werden. Eine größere Differenzierung, als im Gesetz vorgesehen sei, könne nicht zugelassen werden, da sich dann dieselben Mißstände wie bei dem Gesetz von 1897 ergeben würden, die man ja gerade beseitigen wolle. Er verteidigt dann die Ortszulagen, da man den größeren Gemeinden eine gewisse Bewegungsfreiheit einräumen müsse, ähnlich wie bei den Gehältern der Oberlehrer. Besonders wendet er sich gegen den Antrag der Freikonservativen, die nichtpensionsberechtigten Teuerungszulagen haben wollen und bezeichnet ihn als für die Staatsregierung nicht annehmbar. Er erkennt an, daß es gerade hier schwer sein wird, einen Weg zu finden, der für alle gangbar sei. Außer bei Vorortgemeinden will die Regierung auch bei Orten, die eine wirtschaftliche Einheit bilden, eine Ausnahme zulassen. Badeorten würden aber solche Ausnahmen nicht zugestanden werden. Dort können ja die Lehrer im Sommer häufig Zimmer vermieten (!), und sie tun es auch. Zum Schluß seiner Ausführungen bittet er,

keine Beschlüsse zu fassen, welche die ganze Vorlage gefährden könnten.

Der Herr Finanzminister stimmt diesen Ausführungen vollständig zu. Er bekämpft ebenfalls alle Anträge. Den freikonservativen bezeichnet er als unannehmbar. Eine Bremse müsse angelegt werden, ob schon bei den Orten von 25 000 Einwohnern, darüber lasse sich reden. Bei der allgemeinen und hohen Aufbesserung kommen einige wenige Lehrer (22 437 !! — D. B.), die schon höhere Gehälter haben, nicht in Betracht. Ob die Staatsregierung 1400 *M* Grundgehalt werde bewilligen können, sei bei der ungünstigen Finanzlage noch zweifelhaft. Auch er bittet, die Vorlage durch weitergehende Beschlüsse nicht zu gefährden.

Ein Freikonservativer erklärt hierauf, wenn die Regierung an den aufgestellten Prinzipien festhalte, werde es sich seine Partei sorgfältig überlegen, ob sie überhaupt die Vorlage wird durchbringen helfen. Er sucht hierauf den Antrag seiner Partei zu verteidigen. An der Nichtpensionsfähigkeit der Ortszulagen würden sie aber unter allen Umständen festhalten.

Ein Regierungsvertreter verteidigt die Bremse, wie sie in dem bekannten Erlaß des Herrn v. Studt gefordert wurde.

Der nationalliberale Redner, welcher hierauf zu Worte kommt, fordert Ortszulagen, weil das Normalgehalt zu niedrig sei. Die Anträge seiner Partei unterscheiden sich von der Vorlage nur dadurch, daß sie eine andere Höhe für diese Zulagen verlangen. Pensionsfähig müssen sie auf alle Fälle sein, denn sonst würden die Gehaltsverhältnisse der Lehrer in einem krassen Widerspruch zu den Verhältnissen aller anderen Beamten stehen. Auch sei es eine große Härte, den Lehrer gewissermaßen zu zwingen, nach seiner Pensionierung seinen Wohnort zu wechseln.

Ein freisinniges Mitglied stellt fest, daß die Ortszulagen nicht dem Grundgehalt sondern den Alterszulagen zugeschlagen werden sollen. Er wendet sich sodann gegen jede Bremse, weil sie Land- und Stadtlehrer gleichmäßig schädige und ein Weiterentwickeln der Lehrergehälter bis zur Gleichstellung mit den Regierungsekretären verhindere. Er tritt für die freisinnigen Anträge ein und behauptet, daß 10 000 Lehrer durch die Vorlage geschädigt werden. (Nach den genauen statistischen Erhebungen der Denkschrift des Bresl. Lehrervereins wird die Gehaltsherabsetzung auf insgesamt 360 Orte mit 22 437 Lehrerstellen wirken! — Der Berichterst.)

Der Regierungsvertreter bestätigt, daß Ortszulagen an junge Lehrer nicht vom ersten Tage des Dienstantritts gezahlt werden sollen und erklärt, daß die Staatsregierung die Entscheidung treffen werde, ob die „örtlichen Verhältnisse“ eine Ortszulage erfordern.

Ein Konservativer erklärt sich gegen die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen.

Ihm tritt ein Freisinniger mit folgendem praktischen Beispiel entgegen, das beweist, wie die Lehrer, ihre Witwen und Waisen, geschädigt sein würden, wenn man die Ortszulagen nicht pensionsfähig machte.

Ein Berliner Lehrer erreicht gegenwärtig ein Höchst Einkommen (Gehalt und Wohnung) von 4450 *M*.

Hieron erhält er nach 40jähriger Dienstzeit $\frac{3}{4}$ als Pension = 3337,50 *M*
seine Witwe würde erhalten 1335,00 „
eine Waise 267,00 „

Nach dem neuen Zustand würde sein Höchst Einkommen (Gehalt, Wohnung und Ortszulagen) etwa 4650 *M* betragen, nach der Forderung der Herren Konservativen und Freikonservativen würden aber pensionsfähig nur 3150 *M* (Gehalt) und 500 *M* (Durchschnittssatz der Wohnung = 3650 *M*) sein.

Hieron betragen $\frac{3}{4}$ 2737,50 *M*
die Witwe würde erhalten 1095,00 „
eine Waise 219,00 „

Der Lehrer würde also gegen den früheren Zustand einbüßen 600 *M*, die Witwe 130 *M*, die Waise 48 *M*. Und das soll Gerechtigkeit sein?

Die Zulagen an 1. und alleinstehende Lehrer sowie die Einnahmen aus dem Nebenamt als Kirchschullehrer sollen doch auch pensionsfähig sein, seine Partei stimme wenigstens dafür, und dann wäre es eine große Ungerechtigkeit, die Ortszulagen nicht pensionsfähig zu machen. Ein Konservativer erklärt sich gegen die Entwicklungsmöglichkeit der Lehrergehälter. Er tritt für Pensionsfähigkeit der Zulagen an 1. und alleinstehende Lehrer sowie der Einkünfte der „Küsterlehrer“ ein, ist aber gegen die Pensionsfähigkeit der Ortszulagen: „Mag der Lehrer einen billigen Ort aufsuchen!“ (Herzlos! D. B.)

Nachdem noch der Regierungsvertreter erklärt, daß die Regierung an der Pensionsfähigkeit festhalte und nachdem zwei Mitglieder des Zentrums sich auch für dieselbe und ein freikonservatives gegen sie erklärt hatten, erwiderte ein Freisinniger den Konservativen erregt aber treffend: „Die Ausführungen der konservativen Redner waren völlig ungerecht und haben mich mit Bitterkeit erfüllt. Den Landlehrern wollen Sie die Zulagen und das Nebenamt pensionsfähig machen, den Stadtlehrern die Ortszulagen nicht. Das ist

ein ganz unerhörtes, grausames Vorgehen und eine bittere nackte Ungerechtigkeit, ein Messen mit zweierlei Maß! Ein solches Verfahren ist geradezu beispiellos! Das Haus wird hoffentlich gerechter urteilen, als die freikonservativen und konservativen Mitglieder der Kommission!“ („Pr. Lztg.“)

Die Abstimmung ist, wenn die Leser diesen Bericht vor Augen bekommen werden, bereits erfolgt. Hoffen wir, daß sie so ausfällt, daß nicht Tausende von Lehrern, Witwen und Waisen geschädigt werden.

Fünfter Preußischer Lehrertag.

VI.

2. (außerordentliche) Vertreterversammlung des Preußischen Lehrervereins.

Nach siebenstündiger Tagung durften die Teilnehmer am Lehrertag, die nicht Vertreter waren, der wohlverdienten Ruhe pflegen. Nicht so die Vertreter. Sie waren genötigt, noch auszuharren; denn an die Verhandlungen des Lehrertags schloß sich unmittelbar eine außerordentliche Vertreterversammlung, die zweite seit dem Bestehen dieser neuen Einrichtung, an.

Nachdem die Geschäftsordnung für die Vertreterversammlung angenommen worden war, wurde nach einer kurzen Begründung Schwärzels-Magdeburg nachstehender Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses, folgende Satzungsänderungen vorzunehmen, verhandelt.

1. in § 3 hinter p einzuschalten:
 - q) Hohenzollerischer Lehrerverein;
2. in den ersten Absatz des § 11 einzuschalten:
 - a) hinter „fernere Zweitausend“ die Worte: „von Mitgliedern, für die der Beitrag gezahlt ist“,
 - b) vor dem letzten Satz des ersten Absatzes: „Der Hohenzollerische Lehrerverein ist im Vorstand durch seinen Vorsitzenden vertreten“;
- 3) in § 15 dem zweiten Satz folgende Fassung zu geben: „Sie ist, wenn möglich, an die ordentliche Vertreterversammlung des Preußischen Lehrervereins bzw. den diese ersetzenden Preußischen Lehrertag und in den Jahren, in denen eine Deutsche Lehrerversammlung abgehalten wird, an diese anzuschließen“;
4. am Schluß von § 18 einzufügen: „Der Hohenzollerische Lehrerverein entsendet außer seinem Vorsitzenden noch einen Vertreter“;
5. in § 22 dem zweiten Satz entsprechend § 11 folgende Fassung zu geben: „Stimmberechtigt sind aber nur die Vertreter der Verbände, die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses, der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins und die auf Grund des zweiten Absatzes von § 11 dem Vorstand angehörigen Personen.“

Die Einbringung des Antrags war zum Teil eine Folge des Entschlusses des Hohenzollerischen Lehrervereins, sich dem Preußischen Lehrerverein anzuschließen.

Gallee-Berlin vertrat die Ansicht, daß die Mitgliederzahl des Hohenzollerischen Lehrervereins das Recht, zwei Vertreter zu entsenden, nicht begründe. Er beantragte, Absatz 4 zu streichen. Die Versammlung entschied in diesem Sinne und nahm im übrigen den Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses an.

Punkt 3 betraf die Festsetzung des Termins für die nächste ordentliche Vertreterversammlung. Dazu lagen folgende Anträge vor:

Antrag Westpreußen: „Die Vertreterversammlung wolle beschließen, daß die nach § 18 der Satzungen alle zwei Jahre stattfindende Vertreterversammlung in der Regel in den Osterferien abgehalten werde“ und

Antrag Rheinland: „Da der Rheinische Provinzial-Lehrerverband alle zwei Jahre zu Ostern tagt, möge die nach § 18 der Satzungen des Preußischen Lehrervereins stattfindende Vertreterversammlung nicht zu Ostern, sondern zu Weihnachten stattfinden.“

Stolle-Magdeburg erklärte, daß dem Geschäftsführenden Ausschuß eine Tagung zu Pfingsten, in Abwechslung mit den Tagungen des Deutschen Lehrervereins, am angenehmsten wäre. Er bat die Provinzialvereine, die Pfingsten tagen, ihre Versammlungen auf einen andern Zeitpunkt zu verlegen.

Jasse-Danzig möchte nicht, daß dem Westpreußischen Provinzialverband die Pfingstferien für seine Tagung geraubt werden. Da die Sommer- und Herbstferien in der Provinz nicht gleich lägen, so blieben nur noch die Weihnachts- und Osterferien, die aber wegen der meist ungünstigen Witterungsverhältnisse die Beschickung der Provinzialversammlung sehr beeinträchtigen würden.

Backes-Köln teilte mit, daß der Rheinische Provinzialverband seinen Antrag erst nach dem Bekanntwerden des Antrags Westpreußen eingebracht habe. Der Rheinische Verband sei gegen eine Tagung in den Osterferien, da er zu diesem Termin selbst tage.

Weber-Magdeburg trat nochmals für eine Tagung zu Pfingsten ein, und bat die Provinzialvereine, die jetzt zu Pfingsten tagen, im

Interesse der Tagung des Preußischen Lehrervereins, die ihre zu verlegen.

Wagner-Essen und Koch-Lehe plädierten für Weihnachten, und zwar für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr.

Der Vorsitzende schlug vor, nur über den Zeitpunkt der nächsten ordentlichen Vertreterversammlung abzustimmen und diese Pfingsten nächsten Jahres stattfinden zu lassen. Dann könne ja eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Schwärzel-Magdeburg bat, die nächste Vertreterversammlung nicht schon zu Weihnachten d. J. stattfinden zu lassen, da es nicht möglich sei, bis dahin die für die Versammlung notwendigen Arbeiten zu erledigen.

Wagner-Essen beantragte, als Zeitpunkt für die nächste Vertreterversammlung Weihnachten 1909 in Aussicht zu nehmen und dann die Tagungen regelmäßig alle 2 Jahre zu Weihnachten stattfinden zu lassen. Sollten unvorhergesehene Ereignisse die Einberufung zu einem früheren Termin nötig machen, so sollte der Geschäftsführende Ausschuß zur Einberufung auch zu einem früheren Zeitpunkt befugt sein.

Die Vertreterversammlung entschied sich im Sinne dieses Antrags.

Den Punkt 4 der Tagesordnung bildete folgender

Antrag Westfalen: „Der Vorstand des Preußischen Lehrervereins wolle unter Benützung des amtlichen Stenogramms, je nach Wichtigkeit wörtlich oder inhaltlich, etwa jährlich eine Sammlung der Landtagsverhandlungen über Schulfragen herausgeben, sie den Bezirksvorständen auf Vereinskosten überweisen und den Mitgliedern gegen Entgelt zugänglich machen.“

Die Stellung des Geschäftsführenden Ausschusses zu dem Antrag präziserte Mackeprang-Magdeburg: Die Idee, die dem Antrag zugrunde liegt, ist gut, die praktische Ausführung dagegen schwierig. Einfacher und billiger ist es, wenn die Kreisbureaus die amtlichen Stenogramme direkt aus Berlin beziehen, die Ausführung des Antrags Westfalen erfordert jährlich eine Aufwendung von 2500 bis 2750 M. Nimmt man an, daß etwa 400 Exemplare gebraucht werden würden, so würde 1 Exemplar nicht unter 6 bis 9 M abgegeben werden können.

Kohle-Herford und Nadolle-Berlin sprachen für den Antrag Westfalen. Die Mehrheit der Versammlung entschied sich für eine Vertagung des Antrags. Den Provinzialvereinen soll Gelegenheit gegeben werden, vor der Entscheidung dazu Stellung zu nehmen.

Dann wurde auf entsprechende Anträge hin beschlossen, in Sonderpetitionen die gesetzliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Lehrer an Mittelschulen und die Gewährung von Teuerungszulagen an die vor dem 1. April 1908 pensionierten Kollegen zu erbitten.

Pautsch-Berlin teilte mit, daß die am Vormittag von ihm signalisierte Tageszeitung der Gleichstellungsfreunde erscheinen wird, und zwar Dessauer Straße 6 im Domizil des Bundes der Landwirte. Mit welchen Praktiken man arbeite, um das Unternehmen lebensfähig zu machen, erhelle der Umstand, daß in dem Prospekt den Abonnenten bei Ganzinvalidität eine Summe von 500 M in Aussicht gestellt werde.

Günther-Berlin beantragte: Die Vertreterversammlung beauftragt den Geschäftsführenden Ausschuß, umgehend eine statistische Umfrage über die Wirkung des Besoldungsgesetzes zu veranstalten und die Ergebnisse in einer Denkschrift zu veröffentlichen.

Köhler-Breslau teilte mit, daß von der Schulpolitischen Sektion des Breslauer Lehrervereins ein großer Teil dieser Arbeit bereits geleistet worden ist.

Hoff-Kiel und Diekmann-Magdeburg traten mit großer Wärme für den Antrag Günther ein und betonten seine Bedeutung.

Der Antrag Günther wurde angenommen.

Westphal-Görresheim regte an, Schritte zu tun, damit auch der Not der Lehrerwitwen abgeholfen werde.

Um 8 Uhr schloß der erste Vorsitzende die Vertreterversammlung mit dem Ausdruck des Dankes an den Berliner Lehrerverein und seinen Vorstand für die vorzügliche Aufnahme im neuen Hause des Vereins.

Für die Teilnehmer am Lehrertage, die nicht genötigt waren, gleich nach der Tagung abzureisen, veranstaltete der gastgebende Verein ein geselliges Beisammensein im großen Festsaal des Vereinshauses. Bei Konzert und allgemein sehr beifällig aufgenommenen Darbietungen des Festausschusses vom Berliner Lehrerverein vergingen auch diese heiteren Stunden wie im Fluge. So wurde dem in schönster Harmonie verlaufenen fünften Preußischen Lehrertag ein würdiger Abschluß bereitet.

„Pr. Lztg.“

Soll die Lehrerschaft in Jugendfürsorge-Organisationen mitarbeiten?

Von Konrad Agahd-Rixdorf. 31 S. Preis ?

Die in der Überschrift gestellte Frage hat Agahd in einer Nebenversammlung der Deutschen Lehrerversammlung in Dortmund, Pfingsten 1908, in einem Vortrage behandelt, welcher jetzt vom Pädagogischen Verlage von Hermann Schroedel in Halle a. S. als

Broschüre veröffentlicht worden ist. Agahd beabsichtigte durch diesen Vortrag, „die Lehrerschaft und die Freunde der Schule zu einer bestimmten Stellungnahme hinsichtlich der Frage einer umfassenden Organisation der Arbeit an Jugendlichen zu veranlassen“. Die stark besuchte Versammlung nahm nach lebhafter Debatte die Resolution an: „Die Lehrerschaft begrüßt das erwachende Interesse der verschiedensten Gesellschaftsschichten für Fragen der Fürsorgetätigkeit (Jugendwohl und Jugendrecht) mit großer Freude. Sie ist bereit, an dieser wichtigen Erziehungsfrage an ihrem Teile nach Kräften mitzuarbeiten.“ Nunmehr will Agahd durch die Veröffentlichung seines Vortrages „sämtliche Landes-, Provinzial- und Einzelverbände des Deutschen Lehrervereins veranlassen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen“.

Was bewegt ihn dazu? — Die Beobachtung, daß die Fürsorgebestrebungen nirgends in befriedigender Weise vorwärts kommen. Allgemein ist man zu dieser Überzeugung gelangt; ja, man redet sogar von einem Fiasko des Fürsorge-Erziehungsgesetzes. Wieweit diese Behauptung berechtigt ist, und welches die Ursachen hierfür wären, kann in diesem Artikel nicht erörtert werden. Doch es sei auf den einen Mangel kurz hingewiesen, daß die Fürsorgearbeit zwar vielseitig und von vielen Personen geleistet wird, aber nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten organisiert und geleitet ist. Auch Agahd läßt in seinen Ausführungen erkennen, daß er durch eine alle tätigen Kräfte umfassende Organisation bessere Resultate der Fürsorgearbeit erwartet. Er tritt deshalb in der Broschüre mit großer Wärme für eine Gesamt-Jugendfürsorge-Organisation ein, die sämtliche Zweige der Jugendfürsorge umfaßt und durch ein Hand in Handarbeiten der einzelnen Gruppen wirklich leistungsfähig wird. Wohl werden schon jetzt die verschiedensten Gebiete der Jugendfürsorge gepflegt, aber die einzelnen Gruppen stehen nur selten miteinander in Verbindung, und die Zersplitterung der Kräfte lähmt gar oft die Arbeit und verhindert den Erfolg. Wie diese Organisation ausgestaltet werden soll, das kann nicht schon in den Einzelheiten festgelegt werden; denn das wäre Arbeit am grünen Tisch; sie muß vielmehr in praktischer Arbeit sich bilden und aus der Erfahrung herauswachsen. Doch stellt Agahd einige Grundsätze auf, von denen die Organisation und die Arbeit in derselben ihren Ausgang nehmen soll. Er nimmt in seinen Ausführungen kein Blatt vor den Mund, sondern redet ein kräftiges Deutsch, um für sein Lebenswerk Mitarbeiter zu gewinnen. Zu diesem Zweck führt er auch die sozialen Verhältnisse ins Feld und zeigt an der Hand von Tatsachen und von Zahlen, wie viel Mißstände noch zu beseitigen sind, wie viel Arbeit noch zu leisten ist, und wie alles Elend in engstem Zusammenhange steht mit den mangelhaften Zuständen des bürgerlichen und industriellen Lebens, mit der niedrigen Bildungsstufe und dem ungezügelten Trieblieben eines Teiles der Bevölkerung, namentlich der der Industrieorte. Es ist zumeist nichts Neues, was Agahd mitteilt; es ist jedoch notwendig, von Zeit zu Zeit immer wieder darauf hinzuweisen, um der Allgemeinheit das Gewissen zu schärfen. Denn leicht erlahmt der einzelne und glaubt gar bald genug getan zu haben.

Angesichts der Tatsache nun, daß bei den in der sozialen Arbeit Tätigen sich immer mehr die Überzeugung Bahn bricht, daß die Fürsorgearbeit gründlich umgestaltet werden und ganz anders einsetzen muß, ruft Agahd die Lehrerschaft auf den Plan. Sie soll sich der Jugend zuliebe von dieser Arbeit nicht ausschließen und nicht ausschließen lassen. Denn er ist der Überzeugung, daß ohne die tatkräftige Hilfe der Volksschullehrer alle Arbeit nur Stück- und Flickwerk ist, da diese am meisten Gelegenheit haben, die Nöte und die Fehler des Volkes kennen zu lernen. Deshalb wendet er sich an die Opferfreudigkeit und den Gemeinsinn der Kollegen, daß sie sich von diesem sozialen Dienst nicht ausschließen, und an deren Energie und Selbstbewußtsein, daß sie sich nicht ausschließen lassen, sondern auf ihren Anteil an der gemeinsamen Arbeit bestehen. Und diese Arbeit soll Persönlichkeitsarbeit sein, der ein Mitbestimmungsrecht in der Arbeitsart zusteht. Es ist sehr zu wünschen, daß dieser Appell Agahds an die Lehrerschaft Erfolg hat, und daß die Lehrervereine sich gründlich mit der Umgestaltung der Fürsorgearbeit und einer allgemeinen und tätigeren Mitarbeit an ihr beschäftigen. Wohl weiß Agahd, daß es nicht Mangel an idealem Streben und an Verständnis für die allgemeinen sozialen Aufgaben ist, wenn die Lehrerschaft sich noch nicht in der wünschenswerten und notwendigen Weise an der Förderung der Jugendlichen beteiligt. Es liegt dies einerseits daran, daß sie selbst noch viel zu sehr mit der Fürsorge für den eigenen Stand kämpfen und dabei alle Kräfte einsetzen muß, und zum andern, daß man fast systematisch die Pädagogen von der verantwortlichen und entscheidenden Mitarbeit ausschließt. Daher erhebt Trüper in seiner Zeitschrift für Kinderforschung wiederholt die Klage, „daß das Fürsorgegesetz den Juristen und Polizisten die Hauptaufgabe überlasse, daß beide an sich aber nicht für diese Aufgabe hinreichend befähigt seien“, und er knüpft daran die Forderung, „daß Lehrer, Ärzte und Geistliche als Vollberechtigte korporativ mit tätig sein müßten“. Und an anderer Stelle äußert er sich über die Ursache, warum man bei uns mit der Kinder- und Jugend-

fürsorge nicht von Flecke kann: „Das ganze Problem ist ein psychologisches und pädagogisches. Aber Psychologie und Pädagogik sind nicht maßgebend. Maßgebend im Staats- und Rechtsleben sind nur Jurisprudenz, Medizin und Theologie.“ Daher wird es uns nicht wundern, wenn Tr. in einem Artikel („Die Pädagogik an unseren Universitäten“) sich in den bitteren Worten äußert: „Wir haben im Deutschen Reiche etwa 20 Millionen Erziehungsbedürftige Kinder und Jugendliche, allein 9 Millionen Volksschulpflichtige Kinder! Und für ihre ganze Behandlung wie für die Erforschung ihrer normalen wie abnormen Entwicklung sorgen unsere Universitäten nicht so viel wie für das Studium der Absterbenden und der Leichname, ja nicht einmal so viel wie für das Studium und die Behandlung des Viehes.“ Doch trotz dieser wenig ermutigenden Feststellungen soll die Lehrerschaft nicht die Hände von der Mitarbeit lassen, und nicht nur ihre Bereitschaft zur Mitarbeit erklären, sondern diese fordern und zwar nicht bloß als Geduldete, sondern als solche, die ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Und die Lehrerschaft kann mit Recht für sich eine derartige Autorität bei der Lösung der Aufgaben der Jugendfürsorge fordern. Sagt doch Bärnreither in seinem Werke über „Jugendfürsorge und Strafrecht in den Vereinigten Staaten von Amerika“: „Jugendfürsorge und Jugendstrafrecht sind kein isoliertes Problem der Gesetzgebung oder Verwaltung, sondern Kulturaufgaben, Aufgaben der Erziehungspolitik, der Entwicklung der Volksmoral und der Volksgesundheit.“ Die Lehrerschaft kann diesem Anspruch aus voller Überzeugung zustimmen und wird auch die entsprechende Folgerung daraus ziehen, d. h. bereitwillig sich an der Lösung dieser Kulturaufgaben beteiligen. Daß solche Beteiligung in geeigneter und der Lehrerschaft zusagender Weise ermöglicht werde, ist Aufgabe der Organisationen des Lehrerstandes. Diese sind nun an der Reihe, sich ihr mit Nachdruck zu widmen, nachdem Agahd ihnen als Pionier vorangegangen und die nötige Vorarbeit geleistet hat. Möge ihnen das Werk gelingen. Dies wird ihm der beste Lohn für sein mühevolleres Arbeiten im Dienste der Jugend sein.

K. F.

Indirekter oder unreligiöser Religionsunterricht.

Es war auffallend, daß bei der Tagung des ersten internationalen Kongresses für moralische Erziehung in London, die meisten Schreiber der gestellten Aufgabe: „Welches ist der beste Weg, Religionsunterricht zu erteilen und welchen Einfluß hat oder kann er auf die moralische Erziehung haben?“ dieselbe insofern mißverstanden hatten, als sie die Frage „ob Religionsunterricht überhaupt gegeben werden sollte“, berührten, während die Kommission, welche diese Aufgabe stellte, Erteilung des Religionsunterrichtes als „selbstverständlich“ ansah! Dieser Umstand ist, für unsre Zeit bezeichnend, in der Frage: Religions- oder Moralunterricht brennend geworden. Es wäre also eigentlich zeitgemäß gewesen, anläßlich eines internationalen Kongresses, bei dem sich Geister und Freigeister aus aller Herren Länder zusammenfanden, wie z. B. auch aus Frankreich, wo sich die Trennung zwischen Staat und Kirche vollzogen hat, diese Möglichkeit gleich ins Auge zu fassen, um sie später nicht gezwungenermaßen zuzulassen. Wie verschieden die Standpunkte der einzelnen Vertreter aber auch gewesen sind, sie waren doch alle in dem Wunsche einig, daß ihre Arbeit und ihr Ideenaustausch zur Veredelung der heranwachsenden und kommenden Geschlechter dienen sollte.

In der Eröffnungsrede führte der Vorsitzende Dr. Jow aus, inwiefern der den englischen public schools — welche unseren Gymnasien entsprechen — erteilte unreligiöse oder indirekte Religionsunterricht die moralische Erziehung beeinflussen könnte. Er sagte ungefähr folgendes: „Erstens wird der Schüler durch indirekten Religionsunterricht mit dem historischen und literarischen Inhalt der Bibel bekannt gemacht. Er wird also von frühester Jugend mit den Männern vertraut, welche sich ihr Leben lang mit Gott, seiner Stellung zum Menschen und dem Wesen der Sünde beschäftigt haben. Zweitens ist die Bibel das beste, reichste, feinste, einfachste, musikalischste und ursprünglichste Denkmal der englischen Sprache. Das edelste Buch seiner Muttersprache studiert zu haben, muß die Entwicklung des Charakters sehr beeinflussen. Drittens ist die Bibel so eng mit der englischen Geschichte, Literatur und dem Volksleben verknüpft, daß ein Kind, welches nichts von der Bibel weiß und sie nicht achtet und verehrt, wirklich seinem ganzen Volke entfremdet wird. Schließlich ist die Bibel das einzige Buch, welches der Mensch von Kindesbeinen an und dann später mit allen seinen Landsleuten gemeinsam kennt und über welches es mit jedermann sprechen kann. Da aber die Bibel ein moralisches Buch ist, flößt sie ihrem Leser, der sich der Belehrungen aus seiner Kindheit erinnert, Achtung für Moral ein und gibt ihm einen moralischen Durchschnittsstandpunkt. So ist der unreligiöse oder indirekte Religionsunterricht in den public schools gerechtfertigt.“

Bis hierher der Engländer! Was er über den Einfluß der Bibel auf die moralische Erziehung im Unterricht sagte, gilt nicht nur für Engländer, es gilt für alle Völker, die christliche Kultur haben; es gilt aber auch für alle die, welche im Geiste das Morgenrot einer

neuen Kultur schauen. Zu dem hier Angegebenen aus der Rede des Dr. Jow muß noch bemerkt werden, daß die meisten public schools = boarding schools sind und die Schüler also außerhalb des Unterrichts unter religiösem Einfluß stehen und die Kirche besuchen müssen.

Anders in Deutschland, wo der Lehrer nur in seltenen Fällen Einfluß auf die religiöse Erziehung außerhalb der Schule hat. Gerade deshalb empfiehlt sich für uns diese Art des unreligiösen Unterrichts, der dem Lehrer den größtmöglichen Einfluß läßt, ohne ihn mit den häuslichen Überzeugungen in Gegensatz zu bringen.

In unseren Gymnasien und Schulen wird oft durch allzu religiöse Behandlung des Stoffes mehr Boden verloren wie gewonnen. Mancher Schüler, der durch häuslichen Einfluß bestärkt, dem Unterricht nur zwangsweise beiwohnt, würde der Bibel bei Behandlung ihrer Einwirkung auf die Entwicklung der Menschheit, der Weltgeschichte, der Weltliteratur und vor allem auch der Kunst — ihr den ihr gebührenden Platz geben und würde vor schweren, inneren Konflikten bewahrt bleiben.

Der Lehrer kann das Innenleben eines reiferen Schülers nur insofern beherrschen, als er ihn zu einem aus Religion moralischen oder aus Moral religiösen Menschen heranbilden kann. Durch indirekten Unterricht wird er ihn davon überzeugen, daß er als Kind des 20. Jahrhunderts mit allen Fasern in der christlichen Kultur wurzelt, andererseits gibt ihm diese Art von Unterricht Gelegenheit, alles was wahr, gut und schön ist, also die Ideale des M. Buisson (Sorbonne Paris), dem Vertreter der extremen freigeistigen Richtung, zu pflegen. Der unreligiöse Unterricht würde also den Einfluß des Lehrers in keiner Weise schmälern; der Lehrer müßte dann aber, als moderner Mensch, seinen Schülern im Geiste des großen „Schiller“ gegenüberstehen, der aus Religion „Keine von allen bekannte“, und müßte ihnen ein lebendiges Beispiel der versöhnenden Macht der Toleranz sein.

Wochenschau.

Am schönen Sonntagmorgen wollten wir uns hinsetzen und ein erbauliches Kapitel über den Segen der Städteordnung schreiben. Namentlich gedachten wir die nahen Beziehungen zur Schule ins Auge zu fassen. Durch den Rückblick auf die denkwürdige Epoche vor hundert Jahren fühlten wir uns erhoben und gestärkt. Wir sagten uns, daß dieser kräftige Bürgergeist trotz aller Parteien noch immer seine Fittiche regt und einen erneuten Aufschwung gewonnen hat durch das deutsche Nationalbewußtsein, das damals kaum in den ersten Anfängen sich kundgab, späterhin aber in Krieg und Frieden zu gewaltigen Taten sich erhob.

Da brachte der Bote die „Preuß. Lztg.“ mit dem langen Bericht aus der Besoldungskommission — und vorbei war es mit der Andacht. Was da geschrieben stand, versetzte uns in zornige Aufwallung. Von Absatz zu Absatz steigerte sich die Erregung. Da war zu lesen von den Lehrern in teuren Badeorten, die sich ja einen guten Nebenverdienst durch Vermieten von Zimmern an Badegäste verschaffen könnten. Täglich erhalte er Briefe von Lehrern aus Land und Stadt, erzählte der Herr Finanzminister, die ihm ihre Anerkennung und Zufriedenheit aussprachen. Er selbst war der Meinung, daß die Lehrer in viel höherem Maße aufge bessert würden als irgend eine andere Beamtengruppe. „Die Aufbesserung sei eine ganz außerordentlich hohe.“ Wir blätterten nach, ob dem Herrn Minister niemand erwidert habe, wenn die am schlechtesten Gestellten jetzt wirklich eine nennenswerte Erhöhung bekämen, so falle das nur deshalb so stark in die Augen, weil sie Jahrzehnte hindurch tief unten standen. Unwidersprochen sind die Worte des Ministers auch nicht geblieben. Ein Freisinniger hob hervor, die Lehrergehälter sind überall in Stadt und Land unzulänglich. Die von der Staatsregierung erstrebte „Ruhe unter allen Umständen“ sei kein weitsichtiger Grundsatz. Zu lesen war ferner in dem Bericht kurz und kahl: „Eine Bremse muß sein.“ — Und ein Konservativer stimmte dem freudig zu, indem er bemerkte: „Die Entwicklungsmöglichkeit hat es bewirkt, daß die Landschulen zurückgegangen sind.“ Darauf wiederholte er sein Kredo mit nackter Kürze: „Wir wollen diese Entwicklungsmöglichkeit nicht.“ Das

wollen wir uns gehörig ins Gedächtnis schreiben, wenn auch der Name des Mannes nicht dabei stand. — So ging es Schlag auf Schlag. Wer sich etwa auf die 1400 M Grundgehalt schon freudig einrichtet, die von der Kommission beschlossen sind, der kann auch noch arg enttäuscht werden. Der Finanzminister erklärte diese Erhöhung noch für zweifelhaft. „Wir übernehmen mit dieser Vorlage schon ein großes finanzielles Risiko.“ Aber die eine erfreuliche Erscheinung muß betont werden: Die Regierung hält mit Zähigkeit an der Pensionsfähigkeit der Ortszulagen fest. Sie kann in eine so „große Härte“ nicht einwilligen, von diesem Standpunkt abzugehen. Dagegen überbieten sich die Konservativen und Freikonservativen förmlich in dem Ansturm gegen die Pensionsfähigkeit. Immer wieder tönt es durch ihre Reihen: „Wir müssen darauf bestehen, daß die Ortszulagen nicht pensionsfähig werden.“ — „Für Pensionsfähigkeit der Ortszulagen sind wir nicht zu haben.“ — Der rabiate Herr v. Oldenburg möchte am liebsten das ganze Gesetz an die Wand werfen, wenn überhaupt Ortszulagen angenommen werden. — Wie sehr diesen Herren auch von der andern Seite vorgerechnet und vorgeworfen wird, daß sie ungerecht und grausam gegen alte, verdiente Lehrer und ihre Hinterbliebenen handeln; sie lassen sich nicht erschüttern. Ja, sie versteigen sich zu dem unerhörten Anspruch: „Es wird ja kein Lehrer gezwungen, nach seiner Pensionierung in einem teuren Ort zu bleiben; er kann sich einen andern Wohnort suchen.“ — „Übrigens ist kein Beamter gehalten, nach seiner Pensionierung am Orte zu bleiben. Mag der Lehrer einen billigeren Ort aufsuchen.“ — Das läuft ja auf eine wahre Austreibung hinaus. Diese Behandlung ist geradezu entwürdigend. Und das sind die Freunde der Gleichstellungsfreunde. Wir kennen Herrn von Zedlitz nicht mehr wieder. Es kann uns jetzt leid tun, daß wir für seine Kandidatur in Waldenburg eine Hand gerührt haben. Da treten wir in unsern großen Versammlungen für eine Verbesserung des Loses unserer alten Kollegen auf und möchten ihnen am liebsten Teuerungszulagen erwirken. Und diese Menschenfreunde streben danach, die Ruhesätze um einen ansehnlichen Betrag zu kürzen.

Wie haben wir uns in Berlin um die alten, karggestellten Pensionäre bemüht! Die Hessen stellten den Antrag auf gesetzliche Rückwirkung der neuen Vorlage. Das erschien aussichtslos. Da stellte unser Liegnitzer Müller den Antrag auf Petition an Staatsregierung und Landtag um Gewährung von Teuerungszulagen für die pensionierten Lehrer. Um sie kümmert sich sonst kein Mensch groß, und in teurer Zeit sich noch mehr einzuschränken als sonst, das bedeutet für sie hartes Darben. Der Lehrertag hatte wohl ein Verständnis für diese Notfrage und nahm nach warmerziger Begründung den Antrag an. Möchte dieselbe Einsicht nunmehr auch an maßgebender Stelle zu finden sein. Wer den Notpfennig verringert, der begeht ein offenbares Unrecht. Darauf aber gehen die Konservativen und Freikonservativen aus, die den Altenteil um einen empfindlichen Betrag schmälern wollen, indem sie sich mit Leibeskräften der Pensionsfähigkeit der Ortszulagen widersetzen. Ein Freisinniger erhob mit beweglichen Worten Anklage gegen ein so „unerhörtes, grausames Vorgehen, gegen eine so bittere, nackte Ungerechtigkeit. Das wäre ein Messen mit zweierlei Maß. Ein solches Verfahren sei geradezu beispiellos.“ Er sprach die Hoffnung aus, das Haus werde gerechter urteilen als die konservativen und freikonservativen Mitglieder der Kommission. Wir glauben ja auch, daß das Haus anders beschließen wird, aber nur mit geringer Mehrheit. Da kennen wir die Herren zur Genüge. Sie haben noch von alters her ein Stück Panzer, soweit es um das Herz reicht. Wollen sie doch von den ausgleichswisen Ortszulagen am liebsten nichts hören. Ja, 500 M könnte man den prassenden Großstadtlehrern ruhig noch nehmen. Das wäre nach der Ansicht eines

der schlimmsten Gleichsteller ein Akt der Gerechtigkeit. Käme es so oder ähnlich, dann würde es einfach in Zukunft heißen: Nach Breslau strafversetzt! So äußerte sich ein Kollege aus der Provinz mit witziger Wahrheit. Bleibt es dabei, daß in industriellen Gegenden den meisten Orten die Zulagen abgeschnitten werden, dann wird sich der Fall aus Radzionkau bei Tarnowitz oft genug wiederholen. Dort sind drei Lehrerstellen zu besetzen. Während bei früheren Vakanzen die Zahl der Bewerbungen sehr groß war, haben sich für diese drei Stellen diesmal nur sieben Bewerber gefunden, von denen sechs nach Bekanntwerden des Besoldungsentwurfs ihre Bewerbung zurückgezogen haben, weil sie bei gleichen Gehaltsverhältnissen den Aufenthalt auf dem flachen Lande dem im Industriebezirk vorziehen. — So melden die Tagesblätter. Auch von Berlin haben wir irgendwo gelesen, daß die Meldungen spärlicher fließen. Wenn es nun gar den willigen Orten gesetzlich verwehrt würde, in der Schulfrage mit der Zeit fortzuschreiten, dann würde sich die Stagnation bald über große Gebiete niederlassen. Hoffentlich bleibt uns eine so unglückselige Wendung erspart.

Mittellungen.

-ch. Berlin. [Der Protest der Lehrerinnen.] Im kleinen Festsaal des in der Alexanderstraße belegenen Lehrervereinshauses fand vor kurzem eine außerordentliche Versammlung des Landesvereins preußischer Volksschullehrerinnen statt, um zu der Lehrerbildungsvorlage Stellung zu nehmen. Es waren zahlreiche Delegierten von allen Teilen Preußens eingetroffen. Lehrerin Schneider-Berlin, die die Verhandlung leitete, eröffnete sie mit den Worten der Begrüßung und bemerkte: Unbefangene Leute könnten glauben, die Vorlage werde von den Lehrern und Lehrerinnen mit Jubel und Freude begrüßt werden. Leider liege hierzu keinerlei Grund vor. Im Gegenteil, einen Sturm der Entrüstung habe die Vorlage in den Kreisen der Lehrer und Lehrerinnen hervorgerufen, und zwar ganz besonders deshalb, da man bei der Vorlage auf die stetig größer werdenden Teuerungsverhältnisse nicht Rücksicht genommen habe, da das Grundgehalt noch nicht diejenige Höhe habe, die in Rheinland-Westfalen selbst in Dörfern gezahlt werde, und da eine Entwicklung der Gehaltsverhältnisse durch die Vorlage kaum möglich sei. Glücklicherweise sei begründete Aussicht vorhanden, daß die Vorlage im Abgeordnetenhaus eine wesentliche Besserung erfahren werde. (Lebhafter Beifall.) — Lehrerin Neubarth-Charlottenburg führte diese Gedanken noch näher aus. — Nach längerer Diskussion gelangte schließlich eine Erklärung zur Annahme, in der die Forderungen der Lehrerinnen eingehend präzisiert wurden.

— [Das Lehrerbildungswesen in Preußen.] Die staatlichen Lehrerseminare der preußischen Monarchie waren am 1. Mai 1908 von 14 182 Zöglingen besucht, wovon 9 438 evangelisch und 4 744 katholisch waren. Die Zahl der Internen belief sich auf 6 162, die der Externen auf 8 020. Von den Zöglingen waren 3 422 evangelische und 1 789 katholische in der 3. Klasse, 3 151 evangelische und 1 538 katholische in der 2. Klasse und 2 865 evangelische, 1 417 katholische in der 1. Klasse. — Die staatlichen Lehrerinnenseminare waren von 1 676 Zöglingen besucht, wovon 737 evangelisch, 928 katholisch und 11 jüdisch waren. Die Zahl der Internen belief sich auf 547, der Externen auf 1 129. — In den Präparandenanstalten befanden sich 18 115 Zöglinge und zwar 11 995 evangelische und 6 120 katholische. Die Zahl der Internen machte 1 770, die der Externen 16 345 aus. In Preußen gibt es bekanntlich auch außerordentliche Seminarurse. In ihnen wurden 1 499 Zöglinge, darunter 782 evangelische und 717 katholische unterrichtet. Es gab hier fast nur Externe, nämlich 1 401 gegen 98 Interne. — In den außerordentlichen Präparandenkursen belief sich die Zahl der Zöglinge auf 3 133, wovon 1 661 evangelisch und 1 472 katholisch waren. Auch hier war die große Mehrzahl (nämlich 2 997) Externe gegen 131 Interne. — Außerordentliche Seminarurse für Lehrerinnen fanden nur in den Provinzen Brandenburg und Hessen-Nassau statt. 63 Zöglinge nahmen teil, und zwar 33 evangelische und 30 katholische. Auf den Volksschullehrer- und Lehrerinnenberuf wurden demgemäß am 1. Mai 1908 in Preußen insgesamt nicht weniger als 38 708 Zöglinge vorbereitet.

-ch. — [„Spiel und Arbeit“], so nannte sich die Ausstellung, welche vom 8.—15. November in den Räumen des Lehrervereinshauses stattfand und veranstaltet war von verschiedenen Vereinen, welche sich mit Erziehung, Knabenhandarbeit, Kunstpflege usw. beschäftigen. Die Ausstellung sollte den Zweck haben, die Freude zum Selbtschaffen im kindlichen Spiel und in der Arbeit der Erwachsenen anzuzeigen. Zu diesem Zwecke war Spielzeug von Erwachsenen hergestellt, oft in recht künstlerischer Auffassung. Andererseits war eine reiche Menge von Spielzeug und Gegenständen des

täglichen Gebrauchs aus dem verschiedensten Material, wie Holz, Ton, Papier, Stoffen, der sich steigernden Hand- und Kunstfertigkeit der Kinder geboten. Neben Urformen, die kaum eine schwache Ähnlichkeit mit dem Original zeigten, befanden sich künstlerisch vollendete Erzeugnisse. Und nicht nur einzelne Dinge, sondern ganze Gruppen waren vereinigt. So fand man an der einen Stelle Robinson auf seiner Insel, an einer andern Hänsel und Gretel usw. Besonders Anklang fanden Aufnäharbeiten von Mädchen Hamburger Volksschulen, als Wandschmuck für Klassenzimmer hergestellt. Der Andrang des Publikums zur Ausstellung war sehr groß.

[„Die Beschlüsse des V. Preußischen Lehrertags“], so schreibt die „Post“, „leiden, abgesehen davon, daß er zurzeit kaum noch etwas andres ist, als ein großstädtisches Rumpfparlament, an sehr schweren sachlichen Mängeln, die ihren praktischen Wert außerordentlich vermindern. Die Beschlüsse jener Versammlung lassen die Frage der Beschaffung der nötigen Mittel zur Erfüllung ihrer Forderungen völlig außer acht. Nur solche Forderungen aber, deren finanzielle Durchführbarkeit dargelegt ist, können Anspruch auf praktische Bedeutung erheben. Sodann aber, und das ist der schwerste Mangel, läßt der Preußische Lehrertag in einseitiger Betonung der Interessen der großstädtischen Lehrerschaft die Interessen der preußischen Volksschulen ganz unberücksichtigt. Er geht an der notwendigen Folge seiner Beschlüsse, der allmählichen Herabdrückung der ländlichen und kleinstädtischen Schulen zu reinen Abrichtungsanstalten, achtlos vorüber. Vom Standpunkte der Schule aber ist gerade die Verhütung einer solchen unheilvollen Entwicklung der springende Punkt für die Beurteilung des Lehrerbildungsgesetzes. Unter diesen Umständen wird der V. Preußische Lehrertag sich nicht wundern dürfen, wenn seine Beschlüsse im Landtag nicht das Maß von Beachtung finden, das er wohl erwartet haben wird.“ — Hat das wohl Freiherr von Zedlitz geschrieben? „Großstädtisches Rumpfparlament“ ist übrigens nicht übel! — Man merkt die Absicht — und wird verstimmt!

Breslau. [Lehrerverein.] (II. Hauptversammlung Freitag den 20. November abends 8^{1/2} Uhr im Kaufmannshaus.) Im Anschluß an die Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde der Versammlung mitgeteilt, daß die Denkschrift, deren Abfassung im Oktober beschlossen wurde, von der dazu beauftragten Kommission fertiggestellt und allen Landtagsabgeordneten zugestellt worden ist. Dem Kollegen Theißig, dem das Hauptverdienst bei dem Zustandekommen der Arbeit gebührt, wurde durch den Vorsitzenden für seine auch bei dieser Gelegenheit dem Verein geleistete aufopfernde Tätigkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen, desgleichen seinen Mitarbeitern in der Kommission.

Auf Grund eines Dringlichkeitsantrages beschloß die Versammlung, dem Magistrat der Stadt Breslau aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Tages, der dem preußischen Staate die Städteordnung brachte, die Glückwünsche des Vereins zu übermitteln.

Der Vorsitzende legte darauf der Versammlung einen von Herrn Geheimrat Dr. Pfundtner übersandten Bericht über die Verabreichung warmen Frühstücks an arme Schulkinder unserer Stadt vor. — Nachdem auf eine von der Magdeburger „Schulpösischen Vereinigung“ herausgegebene Broschüre über „Besoldungskassen“ empfehlend hingewiesen worden war, wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

1. Als neues Mitglied wurde Kollege Proquitté (Sch. 44) in den Verein aufgenommen. — Von Herrn Rektor a. D. Heinrich Jentsch war eine Austrittserklärung eingegangen, die dem Verein bekanntgegeben wurde.

2. Infolge einer vom Vorstand gegebenen Anregung wurde beschlossen, den Delegierten für die Provinzialversammlung hinauf aus der Vereinskasse Tagegelder in Höhe von 6 \mathcal{M} zu gewähren.

3. und 4. Nach Anhörung eines Kommissionsberichtes (Punkt 3 der Tagesordnung) zeichnete Kollege Pius Mittman ein hochinteressantes Stimmungsbild vom V. Preußischen Lehrertage. Als Ergänzung hierzu gab Rektor Köhler einen kurzen Bericht über die Verhandlungen in der Vertreterversammlung des Preußischen Lehrervereins.

5. Der nächste Punkt der Tagesordnung „Berichterstattung über das Vereinsleben einiger größerer Lehrervereine“ mußte der vorgerückten Zeit wegen verlegt werden.

6. Mitteilungen: Der Festabend zur Feier unserer Jubilare soll Donnerstag den 3. Dezember im Saale der „Zepterloge“ stattfinden. — Kollege Otto Schölz ist aus der Militärkommission ausgeschieden; an seine Stelle tritt Kollege Goy. — In den Familienbeirat sind für die zurückgetretenen Herren Rektor Kynast, Rektor Dzialas, Rektor Ducek, Rektor v. Adlersfeldt und Lehrer Emil Werner die Herren Rektor Gigling, Lehrer W. Schmidt, Fr. Rupprecht, Paul Schwinge und W. Guhr gewählt worden. Den Vorsitz führen fortan Lehrer Kroeker und Rektor Greth.

— [Mittelschullehrer und Rektorenprüfung.] Zu der diesjährigen II. Mittelschullehrerprüfung, die am 6. November in der hiesigen Augusta- (höheren Mädchen-) Schule begann, hatten sich 44 Prüflinge eingefunden, nachdem 1 Bewerber wegen des ungünstigen Ausfalls der häuslichen schriftlichen Arbeit von der weiteren Prüfung zurückgewiesen worden war. Am Schlusse der Prüfung wurden folgende Herren für bestanden erklärt: 1. Wilhelm Albrecht, Pröp.-Lehrer zu Peiskretscham (kath. Religion und Geschichte).

2. Josef Alich, Präp.-Lehrer zu Leobschütz (Geschichte und Erdkunde). 3. Bruno Anders, Lehrer zu Breslau (Deutsch und Geschichte). 4. Max Apostel, Lehrer zu Psaar, Kr. Lublinitz (Deutsch und Geschichte). 5. Bruno Baron, Lehrer zu Ruda-Poremba (Erdkunde und Botanik resp. Zoologie). 6. Jakob Bendziecha, Präp.-Lehrer zu Tarnowitz (kath. Religion und Geschichte). 7. Wilhelm Bernert, Präp.-Lehrer zu Tarnowitz (Deutsch und Geschichte). 8. Paul Bittermann, Präp.-Lehrer zu Hoyerswerda (Deutsch und Geschichte). 9. Walter Geeck, Lehrer zu Gustentschel, Kr. Glogau (Geschichte und Erdkunde). 10. Johannes Harzbecher, Lehrer zu Görlitz (Französisch und Englisch). 11. Max Heimann, Präp.-Lehrer zu Pleß (Deutsch und Geschichte). 12. Oswald Hempel, Lehrer zu Goldberg (Deutsch und Geschichte). 13. Artur Hiersemenzel, Lehrer zu Breslau (Französisch und Englisch). 14. Felix Kellermann, Lehrer zu Romanshof (kath. Religion und Deutsch). 15. Franz Kleineidam, Lehrer zu Ndr.-Kaufung (kath. Religion und Geschichte). 16. Erich Kühne, Präp.-Lehrer zu Schweidnitz (Mathematik und Erdkunde). 17. Paul Langner, Präp.-Lehrer zu Schmiedeberg (Botanik, Zoologie und Geschichte). 18. Richard Mattner, Lehrer zu Breslau (Mathematik und Physik, Chemie nebst Mineralogie). 19. Richard Metasch, Lehrer zu Görlitz (Deutsch und Geschichte). 20. Adalbert Nolte, Kand. der Phil. zu Breslau (Französisch und Englisch). 21. Paul Obst, Lehrer zu Kreuzburg O/S. (Deutsch und Geschichte). 22. Josef Peter, Lehrer zu Hultschin (Deutsch und Geschichte). 23. Kurt Petrelli, Präp.-Lehrer zu Breslau (Botanik, Zoologie und Geschichte). 24. Oskar Poremba, Lehrer zu Beuthen O/S. (kath. Religion und Geschichte). 25. Johann Przewloka, Lehrer zu Königshütte (Geschichte und Erdkunde). 26. Georg Reißmann, Lehrer zu Görlitz (Deutsch und Geschichte). 27. Artur Seifert, Lehrer zu Görlitz (Botanik und Zoologie, Physik, Chemie und Mineralogie). 28. Georg Tiffert, Landwirtschaftsschullehrer zu Brieg (Deutsch und Geschichte). 29. Karl Töppler, Lehrer zu Goldberg (kath. Religion und Geschichte). 30. Oskar Weinert, Lehrer zu Glogau (Deutsch und Geschichte). 31. Paul Wiedemann, Lehrer zu Görlitz (Geschichte und Erdkunde). 32. Bernhard Widera, Lehrer zu Kattowitz (Geschichte und Erdkunde). — An der sich an diese Prüfung anschließenden Rektorenprüfung beteiligten sich 29 Voll- und 2 Ergänzungsprüfliche, von denen folgende Herren die Prüfung bestanden: 1. Josef Böhm, Hauptlehrer zu Petershofen, Kr. Ratibor. 2. Karl Buchal, Lehrer zu Miechowitz, Kr. Beuthen O/S. 3. Josef Dolezich, Lehrer und Schulleiter zu Paulsdorf, Kr. Zabrze. 4. Karl Dwucet, kommiss. Seminarl. zu Ratibor. 5. Max Ertel, kommiss. Seminarl. zu Frankenstein. 6. Josef Franke, Lehrer zu Breslau. 7. Egon Gruschke, Lehrer zu Schweidnitz. 8. Kurt Günther, Lehrer zu Breslau. 9. Paul Hartsch, Lehrer zu Schwientochlowitz. 10. Paul Hoppe, kommiss. Seminarl. zu Ober-Glogau. 11. Emil Jakutek, kommiss. Seminarl. zu Ratibor. 12. Otto Kaul, kommiss. Seminarl. zu Schweidnitz. 13. Anton Klose, kommiss. Seminarl. in Ratibor. 14. Leopold Manderla, kommiss. Seminarl. in Leobschütz. 15. Karl Melzer, Lehrer zu Breslau. 16. Eugen Niewiesch, Mittelschull. zu Kattowitz. 17. Max Peisker, Mittelschull. zu Pr.-Stargard. 18. Max Richter, kommiss. Seminarl. zu Liebenthal. 19. Paul Rüpprich, Lehrer zu Breslau. 20. Richard Scholz, Mittelschull. zu Liegnitz. 21. Alfred Stosick, kommiss. Seminarl. zu Zülz. 22. Bertram Uttendorfer, Diakonus und Lehrer an der Präp.-Anstalt zu Niesky (für Schulen mit fremdsprachlichem Unterricht). 23. Fritz Weigel, kommiss. Seminarl. zu Proskau. 24. Maximilian Weiser, Seminarl. zu Frankenstein. 25. Richard Wrobel, Blindenl. zu Breslau. 26. Gottlieb Jungfer, Mittelschull. zu Weißwasser O/L. (für Schulen mit englischem) und 27. Heinrich Kempinsky, Seminarl. zu Zülz (für Schulen mit französischem Sprachunterricht. Den Vorsitz führte Herr Prov.-Schulrat Dr. Wende; an Stelle des Reg.-Rats Schwartz war Herr Seminardirektor Lic. Fischer zu Bunzlau in die Prüfungskommission eingetreten.

— [Fortbildungsschule und Innungen.] Da die hiesige Schlosserinnung am 19. Juni d. J. die Leistungen unsrer gewerbl. Fortbildungsschule einer herben Kritik unterzog und diese durch Berichte in den hiesigen Tageszeitungen auch der Öffentlichkeit zur Kenntnis brachte, sah sich der „Breslauer Fortbildungsschulverein“ gezwungen, in zwei Sitzungen, am 26. September und 30. Oktober, dagegen Stellung zu nehmen. Zu diesen Sitzungen waren die Herren des Innungsausschusses, sowie die Herren Obermeister eingeladen worden und auch meistens erschienen, nur die Schlosserinnung war bedauerlicherweise nicht vertreten. Beide Versammlungen verfolgten den Zweck, wie der Vorsitzende in seinen begrüßenden Worten ausführte, eine Verständigung zwischen Handwerk und Fortbildungsschule herbeizuführen, daher hielt Herr Offenbaumeister Hennig einen eingehenden, sehr wohl durchdachten Vortrag über das Thema „Handwerk und Fortbildungsschule“. Als Ergebnis dieser Ausführungen wurden nach sehr lebhafter Debatte, an der sich auch besonders die Herren des Handwerks beteiligten, vom Verein folgende Sätze angenommen:

1. „Die rein praktischen Überlieferungen aus der Werkstatt des Handwerkers genügen bei der fortschreitenden Entwicklung der Technik nicht mehr zur Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk. Eine schulgemäße theoretische Mithilfe zu dieser Ausbildung ist eine unbedingte Notwendigkeit.

2. Es wird anerkannt, daß der zwangsweise Besuch der Fortbildungsschule insofern das einzelne persönliche Interesse des gewerblichen Unternehmers und Meisters benachteiligt, als dadurch Arbeitsstunden des Lehrlings der Werkstatt entzogen werden und die Einteilung über die Arbeitskraft des Lehrlings beeinflusst wird. — Das höhere Interesse des Allgemeinwohls kann aber auf dieses Opfer des Sonderinteresses nicht verzichten, um so weniger, weil rückwirkend das gehobene Allgemeinwohl an den Einzelnen den geopferten Vorteil reichlich wieder zurückgibt.

3. Die erzieherische und fortbildende Bedeutung der Fortbildungsschule liegt garantiert in ihren Zielen und in den Mitteln, mit denen diese erstrebt werden, das heißt, in der Erziehung zu gehobenem bürgerlichen wie geschäftskundigen Wissen des Fortbildungsschülers auf den Grundlagen seines Berufes.

4. Gegen die Bestrebungen auf Verlegung des Unterrichts auf die Abend- und Sonntagszeit wird entschieden Einspruch erhoben und zwar aus schultechnischen, gesundheitlichen, erzieherischen wie aus rein praktischen Erwägungen. Ein Unterricht mit durch die Werkstatt bzw. Arbeitsstelle bereits ermüdeten Schülern könnte nur zu ganz unwesentlichen Erfolgen in der Ausbildung des Schülers führen und würde den Zweck der Fortbildungsschule gänzlich verfehlen lassen.

5. In der Erwägung, daß sich die Fortbildungsschule als großzügige nationale Einrichtung noch im Entwicklungsstande befindet, wird zugegeben, daß sie noch nicht allen Wünschen des Handwerks und allen eigenen Vorsätzen genügen kann und insofern einer weiteren Ausgestaltung bedarf. Ihren Zwecken kann sie aber nur mit Erfolg dienstbar sein, wenn die Schule im Handwerk das gebührende Verständnis findet, wenn sie als Richtschnur das fachliche Moment hochhält und den Lehrkörper sachgemäß für seine Aufgaben zusammensetzt und ausbildet.“

Über die Forderung des Innungsausschusses, daß im ersten Lehrjahre der Schulbesuch wegfallen möge, konnte aber keine Einigung zwischen den beiden Parteien erzielt werden.

Zur Abwehr der Angriffe der hiesigen Schlosserinnung gegen die Leistungen der Fortbildungsschule gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„In der am 19. Juni d. J. abgehaltenen Sitzung des Innungsausschusses wurde das gewerbliche Fortbildungsschulwesen einer herben Kritik unterzogen, in der insbesondere vom Vorsitzenden der hiesigen Schlosserinnung die Leistungen unsrer Fortbildungsschule bemängelt wurden. Der „Breslauer Fortbildungsschulverein“ weist diese Angriffe als ungerechtfertigt zurück, weil

- a) die Erfolge der theoretischen Gesellenprüfung noch nicht soweit vorliegen, daß auf Grund derselben ein Urteil über die tatsächlich erzielten Leistungen abgegeben werden kann,
- b) weil zu den Gesellenprüfungen Lehrer nicht hinzugezogen werden, die Angegriffenen also auch nicht in der Lage sind, die Vorwürfe auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, und
- c) weil die Ergebnisse einer Prüfung sehr wesentlich von dem pädagogischen Geschick des Prüfenden abhängen und vielen Prüfungsmeistern dieses Geschick abgeht, wie das einwandfrei im zweiten Verwaltungsberichte des Königl. Preussischen Landesgewerbebeamten auf Grund von Revisionen ausgesprochen worden ist.“

— [Pfennig-Verein. 60jähriges Vereins-Jubiläum.] Am 25. November werden vom ältesten Wohltätigkeits-Verein, dem „Pfennig-Verein“, 330 Kinder — ohne Unterschied der Konfession — in dem Geschäftslokale der Dorndorfschen Schuhfabrik, Ohlauerstraße, mit Schuhen beschenkt. Die Gründerin des Vereins war ein 18jähriges Mädchen. Bei Gelegenheit der Feier ihres Geburtstages am 25. November 1848, bat Frau Lina Morgenstern, geb. Bauer, ihre jungen Freunde und Freundinnen, die damals im gastlichen Hause ihrer Eltern weilten, im Hinblick auf die weltbewegenden Ereignisse des Jahres 1848, auch ihre jugendlichen Kräfte dem Allgemeinwohl zu widmen, und schlug vor, die durch die Zeitverhältnisse vernachlässigten Schulkinder der Armen zu unterstützen. Die Mittel dazu wurden dadurch beschafft, daß jedes Mitglied des so entstandenen Vereins einen Beitrag von täglich einem Pfennig zahlte, der zuerst alle 8 Tage, dann monatlich und endlich jährlich mit einem Taler geleistet wurde. Von ihrem 18. bis 22. Lebensjahre war Frau Lina Morgenstern Vorsitzende des Vereins. Seit einer langen Reihe von Jahren ist Vorsitzender Herr Geheimrat Schulrat Dr. Pfundtner. Dem Vorstände gehören noch an die Damen: Frau Kommerzienrat Haase, I. Ohlauer Stadtgraben 18/17; Frau Dr. Honigmann, V. Agnesstraße 16; Frau Dr. Mallison, II. Sadowastraße 19; Fräulein Stephan, Lehrerin IX., Uferstraße 11; Frau Dr. Stern, VII. Höfchenstraße 41, und die Herren: Schatzmeister Rektor Lukaschek, XVI. Fürstenstraße 99; Schriftführer Lehrer Boehm, VIII. Lützowstraße 17; Rektor Schmeißer, I. Ohlauufer 43; Dr. med. Spiegel, VIII. Klosterstraße 69. Das Vereinsjahr 1908 war dem Pfennigverein insofern nicht besonders günstig, als eine größere Anzahl von Mitgliedern teils durch Tod, teils durch Fortzug aus Breslau aus dem Vereine ausgeschieden sind. Der Verein zählte 431 Mitglieder. Der Kassenbestand betrug 1552,67 \mathcal{M} . In diesem Jahre können 330 Paar Schuhe zu einem Durchschnittspreise von à 4,20 \mathcal{M} , also für 1386 \mathcal{M} beschafft werden

Die Löhne und die Preise der Materialien in der Schuhfabrikation sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Wenn wir daher nicht neue Mitglieder werben, können nächstes Jahr leider noch weniger Kinder bedacht werden. Der Vorstand bittet daher herzlich und dringend, neue Mitglieder zu werben, dem Vereine beizutreten! Ist doch der Pfennigverein der älteste Wohltätigkeitsverein Breslaus, der die 60 Jahre hindurch nie an die Öffentlichkeit getreten ist, sondern im Stillen unendlich viel Gutes gewirkt hat. Möchten doch edle Menschenfreunde den Verein durch reichliche Gaben unterstützen. Anmeldungen und Geldspenden nehmen mit herzlichem Dank der Schatzmeister Herr Rektor Lukaschek, XVI. Fürstenstraße 99, und die anderen Vorstandsmitglieder entgegen.

— [Personalien.] Der Direktor des kath. Lehrerseminars in Rosenberg, Dr. August Wagner, ist an das Breslauer Seminar versetzt worden. — Zum Nachfolger des am 1. Oktober in den Ruhestand getretenen Oberregierungsrates v. Wallenberg wurde Regierungsrat Dittmer aus Merseburg berufen und mit der Leitung der Kirchen- und Schulabteilung der Breslauer Regierung betraut.

— Der in den weiten Kreisen der Lehrervereine, sowie aus den Konzerten des Breslauer Vokal- und Soloquartetts bekannte Bassist Wilhelm Volke veranstaltet mit einem Teil seiner Schüler am Donnerstag den 26. November im Saale der Zepherloge einen Vortragsabend, zu welchem Programme als Eintrittskarten in der Musikalienhandlung von Alfred Michaelis zu haben sind (s. Inserat).

— Dem Kaufmann Max Bocksch, Breslau, Inhaber des gleichnamigen Pianoforte- und Harmonium-Magazins, ist der Kronenorden 4. Klasse Allerhöchst verliehen worden. (Wir gratulieren. D. R.)

Breslau. [Korfu—Athen—Konstantinopel] können gelegentlich der nächstjährigen Bolthausenschen Orientfahrten bequem in 14 Tagen besucht werden. Ausgangspunkt einer jeden Fahrt, die mit einem 4tägigen Aufenthalte in Konstantinopel schließt, ist Triest. Die Kosten belaufen sich auf 300—400 *M.* Jede Fahrt wird fortgesetzt nach Syrien, Palästina, Unter- und Oberägypten, im Januar bis nach Khartum im Sudan. Alle Einzelheiten sind aus dem illustrierten Programm ersichtlich, das Julius Bolthausen in Solingen versendet.

Königshütte. [Lehrerverein.] Zu der am 17. November abgehaltenen Hauptversammlung wurden die paritätischen Vereine des oberschlesischen Industriebezirks eingeladen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über den Verlauf des V. Preussischen Lehrertages. Der Vorsitzende, Kollege Krömer, der als einziger Vertreter der Lehrerschaft des hiesigen Industriebezirks an dem Lehrertage teilgenommen hatte, schilderte unter der Voraussetzung, daß die Verhandlungen aus der Zeitung bekannt sind, mehr die persönlichen Eindrücke, die er in Berlin empfangen hatte und hob hauptsächlich das hervor, was für unsern Industriebezirk von Wichtigkeit war. Bei der Besprechung des Vortrages wurde von der Versammlung der Antrag angenommen, den Abgeordneten des oberschlesischen Industriebezirks die Wünsche der Lehrerschaft in ihren Wahlbezirken zu unterbreiten und diese Herren zu bitten, für dieselben tatkräftig einzutreten.

Oberschlesien. [„Hohe“ Konferenzzelder.] Bekanntlich werden die Entschädigungen, welche den Lehrern für Teilnahme an den amtlichen Konferenzen aus Staatsmitteln gewährt werden, von Jahr zu Jahr geringer. In diesem Jahre erhielten die Lehrpersonen, welche an der Hauptkonferenz in Beuthen O/S. teilgenommen haben und 4 km vom Konferenzort entfernt wohnen, nur noch 1,65 *M.* Diese Beträge wurden im Anschluß an die Konferenz durch die Kreis-schulinspektoren ausgezahlt.

Reichenbach i/Schl. [Vereinsjubiläum.] Der Lehrerverein Reichenbach i/Schl. feiert alle fünf Jahre im Monat November sein Stiftungsfest. Diesmal war es das 5., das aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Vereins sich zu einer recht schönen und würdigen Jubelfeier gestaltete. Kollege Wilhelm, der Vielseitige und seit Jahren unser unermüdlicher und erprobter Festleiter, hatte unter Assistenz des Kollegen Lindner, unseres an Sparsamkeit gewöhnten Schatzmeisters, die Feier in jeder Beziehung wohl durchdacht und bis ins kleinste unter viel opferfreudiger Arbeit harmonisch vorbereitet und durchgeführt. Erschienen waren nahezu sämtliche Mitglieder mit ihren Angehörigen; auch Herr Schulrat Tamm hatte zu unser aller Freude als Ehrengast teilgenommen, und viele schätzenswerte Freunde von nah und fern, aus Stadt und Land, hatten den Festkreis geschlossen. Selbst die Reichshauptstadt war durch Kollegen Rose und die Provinzialhauptstadt durch Kollegen Raabe vertreten. Dem Ernst der Zeit angemessen, wurde die Feier im engsten Rahmen gehalten und durch ein gemeinsames Mahl eröffnet, als dessen erster Gang eine kurze Begrüßung der Festgemeinde durch Kollegen Wilhelm und ein schwungvoller, tiefdurchdachter Prolog, gedichtet und vorgelesen vom Kollegen Rose-Berlin, dargeboten wurden. Das Kaiserhoch sprach Herr Schulrat Tamm, und die Festansprache hielt der derzeitige Vorsitzende des Vereins, Kollege Baudner. Kollege Schippe-Obermittelpailau erfreute die Tafelrunde durch einen poetischen Rückblick: „A Vartel Jahrhundert“ und toastete auf das Jubelkind, Kollege Liebig-Güttmannsdorf auf die Gäste und Kollege Lindner auf die Damen. Zwei Tafellieder von den Kollegen Werner-Frankenstein und Wilhelm-Reichenbach erhöhten die Feststimmung. Zahlreiche Telegramme von nah und fern, darunter eins vom Geschäftsführenden Ausschuss, sowie mehrere Handschriften kamen zur Verlesung. —

Von den Gründern des Vereins gehört dem Verein nur noch einer, Kollege Hübel, an. In Würdigung seiner mannigfachen Verdienste um die Entwicklung des Vereins wurde ihm die „Geschichte des Deutschen Lehrervereins“ von Reißmann überreicht. Kollege Hübel gab einen interessanten Bericht über die Gründung des Jubelkindes und schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Vereinsvorstand. — Nachdem noch Herr Schulrat Tamm namens der Gäste in recht liebenswürdiger Art gedankt hatte, wurde die Tafel aufgehoben und zu den theatralischen Darbietungen übergegangen. Sämtliche Darstellungen fanden ungeteilten Beifall und hielten die Festgäste in fröhlicher Stimmung bis zur frühen Morgenstunde beisammen. Wir gingen auseinander mit dem Gefühl, wieder einmal ein wohlgeleitetes und schönes Lehrerfest gefeiert zu haben, an dem Jung und Alt seine Freude hatte. Möge es dem Verein vergönnt sein, auch fernerhin als ein treuer Zweig am Vereinsbaum der Lehrerschaft Schlesiens zu wachsen und zu blühen!

Amtliches.

[Bestätigt] d. Berufungsurk. f. d. L. Josef Michalke in Kranowitz, Kr. Ratibor, f. d. L. Bruno Hilbich in Mittel-Neuland, Kr. Neiß, f. d. L. Schulik in Orzegow, Kr. Beuthen O/S., f. d. L. Franz Koziolok in Kaltwasser, Kr. Gr.-Strehlitz, f. d. L. Wilhelm Halaczek in Libischau, Kr. Cosel, f. d. L. Richard Powrosła in Lendzin, Kr. Pleß, f. d. L. Paul Heyduk in Annaberg, Kr. Ratibor, f. d. L. Josef Zinnik in Kl.-Stanisch, Kr. Gr.-Strehlitz, d. Berufung des L. Hermann Aust an die kath. Schule in Birkental, Kr. Kattowitz ist aufgehoben worden.

[Ernannt] d. Präparandenl. Schändler zum Präparandenl. in Greiffenberg.

Vereins-Nachrichten.

Schlesischer Lehrerverein.

Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

1. An Stelle des aus dem Geschäftsführenden Ausschusse ausgeschiedenen Rektor Tilgner, tritt zufolge Wahl durch den Breslauer Lehrerverein Lehrer Märtings-Breslau XII, Kletschkaustraße 13, ein. Derselbe übernimmt das Amt des 2. Kassierers und das des Vertreters des Geschäftsführenden Ausschusses in der Militärkommission.

2. Die Abrechnung für den Universitätsferienkursus wird vorgelegt und genehmigt. Herrn Rektor Joseph Schink wird für seine unermüdlichen Bemühungen um das kräftige Fortbestehen des Kursus herzlicher Dank ausgesprochen.

3. Es wird beschlossen, die vom Breslauer Lehrervereine herausgegebene „Denkschrift zur Lehrerbesoldungsvorlage“ den Vorstandsmitgliedern zu überweisen. Der Geschäftsführende Ausschuss empfiehlt dringend die Anschaffung dieser verdienstvollen Arbeit der „Vereinigung für Schulpolitik“ nicht nur allen Zweigvereinen, sondern allen den Mitgliedern, welche sich mit zahlenmäßigem Material versehen wollen. Die Denkschrift ist sämtlichen Abgeordneten übermittelt worden. Bestellungen sind zu richten an Lehrer Theißig, Breslau VI, Alsenstraße 32. Preis 70 *ℳ*.

Ferner empfiehlt der Geschäftsführende Ausschuss eine von der Magdeburger Vereinigung für Schulpolitik herausgegebene Broschüre „Das Für und Wider der Besoldungskassen.“ Preis 35 *ℳ*. Bestellungen werden an Lehrer Kolrep, Magdeburg, Schifferstraße 13, erbeten.

4. Infolge Beschlusses der Berliner Vertreter-Versammlung ist in der letzten Woche in ganz Preußen eine eingehende Statistik über die Wirkung der neuen Besoldungsordnung, wenn sie unverändert Gesetz werden sollte, in Orten unter 25.000 Einwohnern aufgenommen worden. Der Geschäftsführende Ausschuss spricht den Kreisbureaus für die geleistete prompte Arbeit den Dank aus.

5. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten erfolgte eine Aussprache über den V. Preussischen Lehrertag und über die bisherigen Verhandlungen der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Lehrerbildungsgesetz.

6. Von der Preßkommission liegt der Artikel „Hinter die Schule gegangen“ von P. Müller-Glatz vor.

Quittung.

Von der Firma Max Bocksch, Pianoforte-Magazin, Breslau, Gartenstraße, sind dem Schlesischen Lehrerverein 135,15 \mathcal{M} , in Worten: Einhundertfünfunddreißig Mark und 15 Pfennige Provision pro 1907/08 übermittelt worden. Ein gleicher Betrag wird in die Kassen der in Betracht kommenden Zweigvereine gezahlt. Indem wir dies zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen, nehmen wir hierdurch wiederum Veranlassung, obige Firma erneut aufs wärmste allen Kollegen zu empfehlen.

Breslau, den 24. November 1908.

Der Geschäftsführende Ausschuß.

Fritz Haenisch, Kassierer.

Wilhelm-Augusta-Stiftung für emeritierte schlesische Lehrer.

Quittung.

Seit der letzten Verteilung (11. Juni) gingen für die bedürftigen Lehreremeren an Beiträgen ein: vom Kantor Petzold in Lomnitz 4 \mathcal{M} , von den Pestalozziveireinen Ratibor 15 \mathcal{M} , Neißa 10 \mathcal{M} , Lublinitz 5 \mathcal{M} , Lehrerverein Steinau a/O. 5 \mathcal{M} , wofür bestens dankt

Das Kuratorium.

I. A.: Rektor Blümel, Kassierer, Michaelisstr. 80.

Breslauer Lehrer-Turnverein. Am 2. Dezember abends 9 Uhr findet bei Schlöffel am Ketzberg (Haaseauschank) die diesjährige Generalversammlung statt. 1. Berichte des Schrift-, Turn-, Spiel- und Kassenwarts. 2. Erhöhung des Jahresbeitrages. 3. Änderung der Satzungen und Neudruck derselben. 4. Wahl der Abgeordneten zum Gauturntage. 5. Wahl der Kassenprüfer. 6. Anschaffung eines Turnschranks. 7. Gründung einer Alten Herrenriege. 8. Weihnachtsfeier und Wintervergnügen. 9. Mitteilungen. 10. Wahlen. — Am 19. Dezember findet im Palastrestaurant (Hinterzimmer) die Weihnachtsfeier statt. Es wird gebeten, daß jeder Teilnehmer zur Verlosung ein Geschenk im Mindestwerte von 1 \mathcal{M} mitbringt und womöglich mit einer humoristischen Widmung versehen. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen bei beiden Veranstaltungen dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Breslau. [Pädagogische Abteilung.] Sitzung Donnerstag den 26. November abends 8 Uhr im Kaufmannsheim Schubbrücke 50/51. Vortrag: „Wie Dr. Sickinger die Einwendungen gegen das Mannheimer Förderklassensystem widerlegt“ (Artur John.) Behufs ergiebiger Erörterung dieses wichtigen Gegenstandes zahlreicher Besuch dringend erwünscht.

Breslau. [Geselliger Lehrerverein.] Sonnabend den 28. November abends 8 Uhr Feier des 40jährigen Bestehens in der Morse-Loge, Heinrichstr. 21/23. Gäste herzlich willkommen.

Breslauer Zeichenlehrer-Verein. Sitzung Donnerstag den 26. November abends 9 Uhr im Bibliothekszimmer der Handwerkerschule Klosterstr. 17. 1. Bericht der Delegierten über die Jubiläumstagung des Österr. Zeichenlehrervereins in Wien (Schlosser). 2. Mitteilungen.

Breslau. [Vereinigung für Schulpolitik.] Sitzung der Pressekommission Montag den 30. November abends 9 Uhr im Alten Weinstöck.

Altwasser. Hauptversammlung Mittwoch den 9. Dezember nachm. 5 Uhr in Seiferts Hotel. 1. Einziehen der Restbeiträge. 2. Bericht des Schriftführers. 3. Bericht des Kassierers. 4. Bericht des Bücherwarts. 5. Mitteilungen und Anträge. 6. Vorstandswahl.

Bolkenhain. Generalversammlung Sonntag den 6. Dezember nachm. 4 Uhr im Saale des Vereinslokals Hotel „Schwarzer Adler.“ Tagesordnung nach § 15. III des Statuts: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstands auf 1 und verschiedener Kommissionen auf 3 Jahre. 3. Anträge.

Brieg. Sitzung Dienstag den 1. Dezember abends 8 Uhr bei Baumann. 1. Geschäftliches. 2. Vortrag: „Das Christusbild im Johannesevangelium“ (P. Harnisch).

Cunau-Wiesa. Sitzung Sonnabend den 28. November in Niederhartmannsdorf. 1. Bericht über die Kreislehrerversammlung. 2. Ständiges Referat. 3. Verschiedenes.

Falkenberg O/S. Sitzung Mittwoch den 2. Dezember.

Glogau. Generalversammlung Sonnabend den 5. Dezember nachm. 5 Uhr im Tschammerhofe. 1. Bericht über die Vertreterversammlung in Breslau. 2. Berichte des Kassierers, des Schriftführers und des Kreisbüros. 3. Vortrag: „Schulgeheimnisse“ (Koll. Menzel). 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Anträge und Mitteilungen (vorherige Anmeldungen erwünscht).

Hermisdorf, Kr. Glogau. Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 1/2 4 Uhr im Vereinslokal in Hermisdorf. Vortrag: „Die naturwissenschaftlichen Lehrbücher von Schmeil“ (Koll. Herder-Jätschau).

Langenau. Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 4 1/2 Uhr in Höhkirch.

Langban. Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 5 Uhr im Gambinus. Vortrag: „Scharrelmann Herzh. Unterricht Weg zur Kraft“ (Koll. Koch-Thiemendorf).

Mörschelwitz-Zobten. Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 4 Uhr. 1. Vortrag (Koll. Kretschmer-Kl.-Kniegnitz). 2. Anträge. 3. Bücherwechsel.

Oberrnigk. Sitzung Sonnabend den 20. November nachm. 3 1/2 Uhr in der Brauerei. 1. Umschau. 2. Mitteilungen. 3. Bericht über den V. Preussischen Lerertag. 4. Vortrag: „Babylon“ (Knörig). — Verteilung der Kunst- und Tierschutzkalender!

Pleß. [Paritätischer Lehrerverein.] Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 5 Uhr bei Fuchs in Pleß. 1. Protokoll. 2. Vortrag (Koll. Kittner-Sandau). 3. Umschau (Koll. Holenz-Pleß). 4. Wichtige Anträge.

Winzig. Generalversammlung Sonnabend den 28. November nachm. 5 Uhr im Vereinslokal.

Reichenbach i/Schl. [Pädagogische Vereinigung.] Sitzung Sonnabend den 28. November nachm. 4 Uhr im Hotel „Kaiserhof“ ohne Damen. Vortrag (Koll. Walter).

Strehlen. Generalversammlung Sonnabend den 28. November nachm. 4 Uhr im Reichsadler. 1. Tätigkeitsbericht. 2. Rechnungslegung. 3. Bericht über den Besuch der Versammlungen. 4. Wahl des Vorstandes.

Waltersdorf. Generalversammlung Sonnabend den 28. November nachm. 4 Uhr bei Teuchert. Vortrag Koll. Karraß-Gießmannsdorf.

Pestalozzi-Verein für die Provinz Schlesien, e. V.

Für das Jahr 1908 mußten wir die laufende Unterstützung um 1 \mathcal{M} herabsetzen. Sie kann nur 26 \mathcal{M} betragen, da in vielen Zweigvereinen leider die Zahl der ordentlichen Mitglieder zurückgegangen ist. Nur in wenigen Zweigvereinen sind einige neue Mitglieder unter den Kollegen gewonnen worden.

Auch für den Liebesfonds gehen die Beiträge spärlicher ein als in früheren Jahren. Aus ihm werden solche Witwen und Waisen unterstützt, deren Versorger dem Pestalozzi-Verein nicht beitreten konnten, da sie vor Gründung des heimatlichen Zweigvereins verstorben sind. Für den Liebesfonds sandten noch Neißa 20,05 \mathcal{M} , Breslau-Land 15 \mathcal{M} , Zabrze 10 \mathcal{M} , Rothenburg 6 \mathcal{M} und Lublinitz 5 \mathcal{M} . Es fehlen noch die Gaben von 40 Zweigvereinen.

Liegnitz.

Der Hauptvorstand.

Liegnitz. Es gehen zahlreiche Nachbestellungen auf den Abreißkalender ein. Um erst einen größeren Posten sammeln zu können, bitten wir die Herren Besteller, sich noch einige Zeit zu gedulden; vor Weihnachten wird der Kalender bestimmt noch in ihren Händen sein. Zugleich machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß für jeden nachbestellten Kalender 10 \mathcal{P} mehr, also 1,35 \mathcal{M} an uns zu zahlen sind. Auch bitten wir dringend, den Betrag für die erste Sendung so rasch als möglich einzuschicken, da wir an den Verlag unter allen Umständen zum 1. Dezember Zahlung leisten müssen.

Liegnitz.

Der Vorstand.

Langban. Hauptversammlung Sonnabend den 28. November nachm. 4 Uhr im Gambinus. 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Verteilung der Unterstützungen. 4. Mitteilungen bzw. Anträge. 5. Neuwahl des Vorstandes.

Sterbekasse der Beamten der Stadtgemeinde Breslau.

Die Mitglieder werden hiermit zu der ordentlichen Generalversammlung am 17. Dezember abends 6 Uhr im kleinen Saale des Rathauses eingeladen.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung für 1907 und Entlastung des Vorstandes.
2. Mitteilungen des mathematischen Gutachtens.
3. Feststellung des Etats für 1909.
4. Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren.
5. Änderung der Satzungen.

Breslau, den 20. November 1908.

Der Vorstand.

Vermischtes.

Sprachecke des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.

Vom Bureau. I.

Immer häufiger taucht seit einiger Zeit der Versuch auf, das französische Wort Bureau durch die Schreibart Büro einzudeutschen. Solchem Beginnen sollte eigentlich entgegengetreten werden, weil Bureau nicht nur entbehrlich, sondern auch seiner Vieldeutigkeit wegen verwerflich ist. Gerade diese Vieldeutigkeit aber ist wohl — wie so oft — der Grund, weshalb man das Wort nicht aufgeben mag; es ist so bequem zu gebrauchen, man hat kein Nachdenken nötig und läßt der Vorstellungsgabe des anderen freien Spielraum.

Damit aber widerspricht das Wort seinem Zweck; denn Aufgabe der Sprache ist nicht, Begriffe zu verschleiern, sondern sie möglichst unzweifelhaft auszudrücken. — Zergliedert man die Begriffe, für welche das Wort Bureau gebräuchlich ist, so läßt sich für jeden Begriff eine treffende deutsche Bezeichnung finden. Vorwiegend wird mit Bureau ein Amt oder ein Raum bezeichnet, wo Amts- oder Geschäftshandlungen vorgenommen werden. Im ersten Fall ist das Wort in Verbindungen wie Statistisches Bureau, Polizei-, Zoll-, Post-Bureau u. dgl. m. wohl meist schon durch „Amt“ ersetzt; an vielen Orten sagt man auch „Polizeiwache“. Ganz unbedenklich wäre „Amt“ auch beim Fund-, beim Auskunfts-, beim Armenunterstützungs-, beim (amtlichen) Reise-Bureau usw. In eine ähnliche Begriffsklasse gehört das Bureau der Verwaltungsbeamten, des Richters, des Anwalts, des Geschäftsmanns. Aber niemand wird im Zweifel sein können, wenn man dafür Amtsstube, Schreibstube, Kanzlei, Geschäfts-Stube (-Zimmer, -Raum) oder Dienstraum setzt; Schreibstube war früher allgemein gebräuchlich, als „Ratsstube“ kann man ihr noch vielfach im Rathause kleinerer Städte begegnen, und Gustav Freytag sagt vornehm und gediegen „Amtsgemach“. Zu diesem Bureau gehört auch die Redensart „Die Sache ist (noch nicht) durch das Bureau gegangen“; auf deutsch nennt man das „den Geschäftsweg gehen“ o. ä. „Im Bureau sein“ aber heißt oft nichts anderes als schlicht deutsch „im Geschäft sein“. Ferner hängt da an einem Hause ein großes Schild mit der Aufschrift „Patent-Bureau“; das besagt, dort übe ein Patentanwalt seinen Beruf aus. Wie nun ein Rechtsanwalt nicht an sein Haus heftet „Rechtsbureau“, so würde auch niemand irre geführt werden, wenn an jenem Hause einfach stünde „Patentanwalt“. Auf einem Bauplatz ist eine Hütte oder Bude errichtet, vornehm „Baubureau“ benannt; warum nicht, je nach dem Zweck, dem das Häuschen dienen soll, „Bauverwaltung, Bauleitung, Bauabfertigung, Bauaufseher“ oder allgemein und kurz „Bauhütte“? Ähnlich zu behandeln wären die hieran sich anschließenden Fälle, in denen Leute das Ansehen ihres Geschäfts zu heben vermeinen, wenn sie ihm den Namen Bureau beilegen, z. B. Gesindevermietungs-, Heirats-, Annoncen-, Milch-Bureau, wofür schlichtweg sich sagen liebe Gesinde-Vermieter (-Vermieterin), Heiratsvermittler, Anzeigenvermittlung, Milchhandlung, u. dgl. m. — Etwas ganz anderes ist das Bureau einer Versammlung, im Sinn einer Gesamtheit von Leuten, die dem Vorsitzenden zu seiner Unterstützung beigegeben sind, wie Stellvertreter des Vorsitzenden, Schriftführer, Stimmenzähler oder dgl. Eine voll entsprechende deutsche Bezeichnung ist schon vielfach in Gebrauch; alle jene zur Leitung einer Versammlung Berufenen machen den Vorstand aus, der gebildet wird aus dem Vorsitzenden oder Vorsitzter und den „Beisitzern“. Oder sollten wirklich die Ausdrücke Präsident und Bureau eines Deutschen würdiger sein?

Rezensionen.

Der „Gemittliche Schläsinger“. Volkskalender, gegründet von Max Heinzel, fortgeführt von Philo v. Walde, jetzt herausgegeben von Paul Keller. (Verlag von Heege, Schweidnitz, Preis 60 %.)

Alljährlich haben wir, sobald der Kalender in unsre Hand gekommen war, sein Erscheinen männiglich kundgetan nebst einer kurzen Angabe seines kurzweiligen Inhalts. Dieses Jahr haben uns die schweren Gesetzesnöte aller Muße beraubt, so daß wir erst einige Wochen später mit unsrer empfehlenden Ankündigung kommen. Unstreitig hat der Kalender in den letzten Jahren an Volkstümlichkeit gewonnen und den weltchmerzlichen, herb philosophischen Zug abgetan, der ihm nicht gut anstand. Ein Kraftstück derb humoristischer Art ist das Kellersche Gedicht „Rübezahl und der Berliner“. Die alte schlesische Dialektgarde „Bauch, Sabel, Lichter“ hat sich wieder eingefunden und wacker für die Lachmuskeln gearbeitet. Auch einige ernste Leute mit Beiträgen im bekannten herzbewegenden Typus unsrer Provinz sind vertreten. Wert haben desgleichen die historischen Skizzen von kundiger Hand. Alles ist gesund; Vergnügen machen auch die reichlich beigegebenen Bilder. Wenn die Kollegen allerwärts zur Verbreitung dieses echten, schlichten Volksboten beitragen, so tun sie gewiß kein unverdienstliches Werk.

Vorländer, Geschichte der Philosophie. 2. Aufl., zwei Bände, geb. 10 M., Leipzig, Dürr. 1908.

Die für die philosophischen Vorlesungen des diesjährigen Universitätsferienkurses in Breslau als Vorbereitung empfohlene Dr. Karl Vorländers Geschichte der Philosophie liegt in neuer, gegen die erste Auflage jedoch nicht wesentlich veränderter Gestalt vor. Der erste Band dieses einen Mittelweg zwischen den grossen philosophischen, geschichtlichen Werken und den kleinen Compendien auf diesem Gebiete einschlagenden klaren und auch dem Laien verständlich gehaltenen Werkes umfaßt auf 360 Seiten die Philosophie des Altertums, des Mittelalters und des Uebergangs zur Neuzeit, während in dem bedeutend stärkeren 2. Bande (512 S.) eine ausführlichere Darstellung der Philosophie der Neuzeit gegeben ist. Das treffliche, überall in seiner Darstellung den Charakter der Objektivität tragende Werk hat durchaus wissenschaftliches Gepräge und geht auf die philosophischen Quellen zurück. Bei der für den ungeheuren Stoff

nun einmal notwendigen Knappheit der Darstellung wird jedoch keineswegs die Klarheit und Anschaulichkeit derselben beeinträchtigt, vielmehr hat der Verfasser, eine Autorität auf diesem Gebiete, es meisterhaft verstanden, den spröden Stoff objektiv, aber nicht gänzlich farblos, in eine ebenso fesselnde, wie lichtvolle und leicht verständliche Sprache zu gießen. Das Werk sollte die Bibliothek eines jeden Gebildeten, vor allem jeden Lehrers zieren und kann auch als ein Geschenkwerk von hohem Werte gelten und empfohlen werden.

H. Bohm. Leitfaden für den Zeichenunterricht in Volks- und Mittelschulen. 2. Aufl. Langensalza. Beyer & Söhne Textabbildungen und 34 Tafeln. Pr. geb. 2,40 M., 1908.

Schon äußerlich macht das Buch durch seine prächtigen Tafeln einen gediegenen Eindruck. Der Text kurz und klar, verrät einen Zeichenpraktiker, der auch dem mit der neuen Methode schon Vertrauten noch manch guten Rat und Wink zu geben weiß. Besonders aber denen, die nach einem Führer im Zeichenunterricht suchen, sei neben unserem Waldenburger Wagner dieses vorzügliche Buch wärmstens empfohlen.

Max Kleinschmidt. Grammatik und Wissenschaft, eine psychiatrische Studie. — Hannover, Jänicke.

Ueber diese Broschüre eine polemisierende Kritik zu schreiben, ist eine recht undankbare Aufgabe; denn der Verfasser bezeichnet jeden, der an der Stichhaltigkeit seiner Beweise auch nur zu zweifeln wagt, als Dummkopf. Darum sei nur konstatiert, daß Kleinschmidt alle Grammatiker und alle die, welche in der Grammatik ein logisches System von Begriffen erblicken, für psychisch infiziert, für Menschen von pathologischer Denkweise erklärt. Er prophezeit, daß infolge seiner Broschüre binnen Jahresfrist aller grammatische Unterricht in Deutschland aufhören wird und zwar auf Anordnung der Behörden. Im Vorbeigehen sägt er auch Imm-Kant ab, nennt dessen Beweis von den synthetischen Urteilen a priori eine platte Absurdität und bemerkt dazu: „Ich bin neugierig, ob der Ruf „Zurück zu Kant“ jetzt endlich verstummen wird.“ — Man sieht, an Selbstbewußtsein fehlt dem Herrn keineswegs.

Hugo Schatz. Was ihm vergilbte Blätter dann verrieten — Roman. Berlin, Friedrich Naumann. 3 M., geb. 4 M.

Ein Roman in rhythmischer Form, d. h. in einer rhythmisch gegliederten, gehobenen Prosa ist entschieden ein novum, wenn auch u. E. kein ganz glückliches. Viele Stellen, die Naturschilderungen enthalten oder sonst von einer poetischen Stimmung durchtränkt sind, lesen sich freilich in dieser Zwitterform von Prosa und Poesie ganz hübsch; wenn aber nur Tatsachen referiert werden, wenn Gegenwartsmenschen ihre Unterhaltung in fortwährenden Inversionen — die vielleicht als poetische Lizenzen gelten mögen — führen, so wirkt das unnatürlich und geschraubt. Im übrigen geben wir gern zu, daß diese geschickt komponierte und hübsch erzählte Geschichte aus Schlesien uns recht wohl gefallen hat, nur hätten wir sie eben lieber in schlichter Prosa gelesen.

Max Beiniger. Präparationen für den kirchengeschichtlichen Unterricht in ev. Volks-, Bürger- und Mittelschulen. Verl. Gesenius, Halle a. S. 1908. 180 S. Pr. brosch. 2 M., geb. 2,80 M.

Der leitfadennmäßigen Behandlung kirchengeschichtlicher Stoffe will das Buch, das eine praktische, fleißige Arbeit darstellt, entgegenarbeiten. Es verlangt für das weite Gebiet der Kirchengeschichte, daß jede Schule, je nach der zur Verfügung stehenden Zeit und Möglichkeit, eine größere oder kleinere Anzahl eingehender Lebensbilder „behandelt“, nicht nach alter Methode nur darbiere, abfrage und erzählen lasse. In 26 ausgeführten Lektionen (nach formalen Stufen) wird die Kirchengeschichte (mit Ausschluß des Missionsstoffes) vorübergeführt. An dem Buche hat mir u. a. gefallen, daß der Verfasser auch spröde und schwer zu behandelnde Stoffe (z. B. evang. Bund) nicht übergeht, sondern besonders darauf eingeht und das mit viel Geschick. Das Buch sei Lehrern, die ein Hilfsmittel für tiefere Behandlung der Kirchengeschichte haben wollen, sehr empfohlen.

Behling, Hilsinger & Sieburg. Prakt. Sprachbuch für Volksschulen. I. für das 3. und 4. Schuljahr. Beyer, Langensalza 48 S. Kart. 35 %

Bei Neuerscheinung des Büchleins in 7. Auflage sei darauf aufmerksam gemacht.

Ludwig Gurlitt, Schülerelbstmorde. Berlin, Concordia, Deutsche Verlagsanstalt. (H. Ehböck) 50 %.

Ohne auf die Einzelfälle der letzten betrüblichen Schülerelbstmorde genauer einzugehen, benützt G. die Gelegenheit, um in seiner bekannten, temperamentvollen Weise gegen die herrschenden Missstände im höheren Schulwesen zu Felde zu ziehen. Das Büchlein enthält sehr, sehr vieles Richtige und Beherzigenswerte, das ohne weiteres auch auf die Verhältnisse der Volksschule anzuwenden ist. Den Kennern der Gurlittschen Schriften dürfte es aber kaum etwas wesentlich Neues bieten.

[Fortsetzung in der zweiten Beilage.]

Statt besonderer Anzeige.

Die Verlobung unserer Tochter **Ella** mit dem Lehrer Herrn **Walter Sauer** hierselbst beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Neu-Craußendorf,
den 14. November 1908.

W. Zimmer und Frau.

**Ella Zimmer
Walter Sauer**

Verlobte.
Münsterberg 1902—1905.

Die glückliche Geburt eines gesunden, kräftigen Sonntagmädchens zeigen hocheifrig an

Järischau, den 15. November 1908
Kr. Striegau

Lehrer **G. Neumann**
und Frau **Martha** geb. **Hielscher**.
Steinau a/O. 1899—1902.

Heut nachmittag 3¼ Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein inniggeliebter Gatte, unser herzenguter treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Schwieger-ohn und Onkel, der Lehrer

Ernst Pallaske

im besten Mannesalter von 38 Jahren. Dies zeigt schmerz erfüllt, um stille Teilnahme bittend, an

Ober-Waldenburg,
den 17. November 1908

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
Martha Pallaske geb. **Sauer**.

Die Beerdigung findet Freitag den 20. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des ev. Friedhofes aus statt.

Am 17. d. M. verschied nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 38 Jahren unser hochgeschätztes Mitglied, der Lehrer

Herr Ernst Pallaske

zu Ober-Waldenburg.

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre eines treuen Freundes und lieben Vereinsgenossen, dessen allzufrühen Heimgang wir aufs schmerzlichste beklagen. Sein gerader, offener Charakter, seine kollegialische Gesinnung und sein menschenfreundliches Wesen sichern ihm in unsern Herzen ein bleibendes, ehrendes Gedächtnis.

Waldenburg i/Schl.,
den 19. November 1908.

Der Lehrerverein.

Öls 1887—1890.

Allen Klassenbrüdern hiermit die betäubende Nachricht, daß der Tod nun auch einen der Unsern zum Opfer gefordert hat. Am 20. d. M. ist unser lieber Freund

Ernst Pallaske,

Lehrer in Ober-Waldenburg, zur letzten Ruhe bestattet worden. Als Vertreter seiner ehemaligen Kursusgenossen habe ich unserm so früh verblichenen Freunde zugleich auch in eurem Namen die letzte Ehre erwiesen.

Sein Andenken wird unter uns stets im Segen bleiben!

Königszeit, am Totenfest 1908.

W. Rahner.

Statt besonderer Anzeige!

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluf verschied heut nach langem, schweren Leiden unser teurer, unvergeßlicher Gatte, Vater, Sohn und Bruder, der Rektor

Hermann Brucksch

im Alter von 55 Jahren.

Mit der Bitte um stille Teilnahme, im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Breslau, den 21. November 1908.

Emma Brucksch geb. **Gabriel**.

Den Kursusbrüdern Münsterberg 1871—74 und andern Seminarbrüdern machen wir hiermit die betäubende Mitteilung, daß unser lieber

Hermann Brucksch,

Rektor in Breslau
am 21. d. M. verschieden ist.
Breslau, den 23. November 1908.
H. Räther. **W. Opitz.**

Nachruf.

Am 17. November er. starb nach kurzem, schwerem Leiden unser braver Kollege, der Lehrer

Herr Ernst Pallaske.

Durch seine Pflichttreue, seinen biederen Charakter und sein allzeit liebenswürdiges Wesen hat er sich ein ehrendes Andenken gesichert. Leicht sei ihm die Erde.
Das Lehrerkollegium der ev. Schule zu Ober-Waldenburg.

Die Spar- und Darlehnskasse für Lehrer und Lehrerinnen e. G. m. h. H. in Breslau VIII,

Klosterstraße 20, verzinst Spareinlagen mit 3 und 4% bei halbmonatlicher Verzinsung und gewährt Mitgliedern Darlehne gegen 5% Zinsen. Mitgliederzahl zurzeit 2750.

Am 21. November verschied nach längerer Krankheit der Leiter der ev. Volksschule No. 43

Herr Rektor

Hermann Brucksch.

Wir beklagen den allzufrühen Heimgang dieses vortrefflichen Mannes, der uns stets ein Muster eifriger und treuer Pflichterfüllung war. Seine herzwinnende Güte und die Lauterkeit seiner fröhlichen, vornehmen Gesinnung werden das Bild seiner edlen Persönlichkeit allezeit in uns unauslöschlich erhalten.

Breslau, den 21. November 1908.
Das Kollegium.

Am 20. d. Mts. verschied plötzlich infolge Unglücksfalles unser lieber Kollege, der Lehrer

Herr Pätzold

zu Wenig-Walditz, Kr. Löwenberg. (Abgegangen 12. Dezember 1902, Reichenbach O/L.)

Er war ein reges, treues Mitglied unseres Vereins und hat sich unser aller Wertschätzung und Hochachtung erworben, so daß wir, durch sein tragisches Geschick tieferschüttert, ihm für immer ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

**Der Lehrerverein
Kroischwitz a. B.**

Soeben erschien in unserem Verlage:

Ratgeber

für die

Berufswahl der Volksschüler

von

K. Fischer und **J. Heimann**

Mit tabellarischer Übersicht!

40 Seiten. Preis 20 \mathcal{R} (Einzel exemplar Porto 5 \mathcal{R})

Glänzend besprochen von der Handwerkskammer zu Breslau!

Vorzüglich geeignet für alle abgehenden Schüler.

Warm empfohlen allen Leitern von Knabenschulen von der Königlichen Regierung zu Breslau laut Verfügung vom 17. November d. J.

Breslau

Priebatsch's Buchhandlung

Lehrmittelinstitut

Planinos Flügel Harmoniums

in allen Preislagen empfiehlt

G. Wolkenhauer, Stettin 9.

Ehrenmitglied
der Pestalozzivereine der
Provinzen Pommern u. Posen.

Pianoforte-Fabrik
— Hoflieferant — [K]

Illustr. Preisliste kostenlos.

Überspielte Pianinos
stets preiswert auf Lager.

Lehrerin zur Vertretung an die ev. Knaben-Volksschule in **Schweidnitz** für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1909 gesucht. Offerten umgehend an **G. Friedrich**, Glubrechtstr. 9.

Donnerstag, d. 26. Nov., 8 Uhr:
Saal der Zepterloge:

Vortragsabend
Wilh. Volke's Gesang-
schule.

Programme als Eintrittskarten bei **Michaelis**, Musikalienhandlung, Gartenstr. 52, vis-à-vis der Liebichsh.

An der hier neu begründeten höheren Bürgerschule mit dem Lehrziel der Unter-Tertia (inkl. eines Gymnasiums resp. Realgymnasiums, die auch von Mädchen besucht wird, ist eine evangelische **Mittelschullehrerstelle** alsbald zu besetzen.

Erforderlich französisch, erwünscht Latein, jedoch nicht Bedingung. Auch Bewerber, die sich zur Ablegung der Prüfung im Französischen binnen Jahresfrist verpflichten, können berücksichtigt werden.

Grundgehalt 1650 \mathcal{M} .

Mietsentschädigung für Verheiratete 360 \mathcal{M} (Unverheiratete 200 \mathcal{M}),

Alterszulagen 170 \mathcal{M} .

Bei Bewährung Zulage in Aussicht.

Bewerber wollen ihre Gesuche mit Zeugnissen und Lebenslauf bis zum 10. Dezember 1908 einschließend an uns einreichen. [535 b]

Militisch (Bez. Breslau),

den 13. November 1908.

Der Magistrat.

Vollständiger Ersatz für d. Fach- u. Schulunterr. durch d. Lehrmeth. Rustin.

Fernunterricht

in: **Deutsch, Französisch, Engl., Lateinisch, Griechisch, Mathematik, Geogr., Geschichte, Literaturgesch., Handelskorr., Handelslehre, Bankwes., Kontokorrentlehre, Buchführ., Kunstgeschichte, Philosophie, Physik, Chemie, Naturgesch., Evang. u. Kath. Religion, Pädagogik, Harmonielehre, Stenograph.**
Glänzende Erfolge. Spezialprosp. u. Anerkennungsschreiben gratis u. franco.
Rustin'sches Lehrinst. Potsdam-M.A.

Max Bockach, Breslau,

Pianoforte- und Harmonium-Magazin,

Gartenstraße 43, neben Konzerthaus.

Fernsprecher 7147.

Allein-
Vertretung der
Hof-Pianoforte-
Fabriken
von
Steinweg Neht.
Paul Werner.
Dörner.
C. Goetze.



Fernsprecher 7147.

Vertreter d. Hof-
piano-Fabriken
Schiedmayer & S.
Feurich.
Vertretung von
Maetzke.
Hoffmann
& Kühne.
Harmoniums von
Mannborg u. a.

Kunst-Klavierspiel-Apparate.

Lieferant des Schlesischen Lehrervereins.

Gebrauchte Instrumente stets vorrätig.

Alte Instrumente werden in Zahlung genommen.

Sichere Garantie! Mäßige Preise! Stimmen und Reparaturen!

Eigene Reparaturwerkstatt. [439]

Für die in der Entwicklung begriffene Privat-Realschule, die voraussichtlich Ostern 1910 von der Kommune als öffentliche Schule übernommen werden wird (Beschluss der Stadtverordneten v. 11. a. c.) werden für 1. April 1909 gesucht:

1. ein jüngerer ev. **Volksschullehrer**, der, wenn Zeichen- und Turnlehrer-Prüfung abgelegt hat. (Gehalt 2400 M inkl. Wohnungsgeld),

2. ein jüngerer **Neu-Philologe**. (Gehalt 4500 M inkl. Wohnungsgeld.)

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften werden bis spätestens 10. Dezember er. an den Königl. Kreisschulinspektor Dr. Sechhausen, Waldenburg i/Schles. erbeten.

Waldenburg i/Schles., den 22. November 1908.

Das Kuratorium:

Friemel. [550]

Bekanntmachung.

An der evangelischen Volksschule der hiesigen über 6500 Einwohner zählenden Stadt ist zum 1. April 1909 eine **Lehrerstelle** zu besetzen. Lehrer, welche die 2. Prüfung bereits bestanden und das 30. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, wollen ihre Bewerbungsgesuche nebst Lebenslauf und Zeugnisabschriften, welche nicht zurückgegeben werden, bis zum 10. Dezember d. Js. uns einzureichen. [546]

Beuthen O/S., d. 21. November 1908.
Der Magistrat.

Vordruck-Formulare
der I. u. II. Seminar-Lehrprüfung bei Bewerz. zu Anstellungs-Bewerbungen.
Erich Kahler, Eberswalde 12

Lauban. Alleinst. ev. Lehrer (O/L.), 1/2 Std. v. d. Stadt, tauscht mit Lehrer im Kr. Lauban (amtl. gestattet). Offert. unt. M. F. 306 hauptpostlag. Görlitz.

Im Kinderhospital „Zum heiligen Grabe“ ist die **Hauslehrerstelle** (evangel., unverheiratet) sofort zu besetzen. Näheres beim Inspektor der Anstalt, Gartenstr. 25 [548]

Schülerbibliotheken.

Priebatsch's Buchhdlg., Breslau.

J. Grosspietsch,



Inhaber Robert Heckel

Königlich Sächs. u. Herzogl. Mecklenb. Hoflieferant.

Breslau II,

Schweidnitzer Stadtgraben No. 22.

Fernsprecher 136.

Flügel, Pianinos, Harmoniums.

Klavier-Spielapparat „Pianola“.

Alleinvertreter für Schlesien von:

Bechstein, Burger, Estey, Ibach, Kaps, Lipp & Sohn,
G. J. Quandt, (nicht zu verwechseln mit einer hiesigen ähnlichen Firma)

Thürmer.

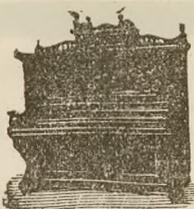
Vertreter von:

Blüthner, Duysen, Hinkel, Hofberg, Irmeler,
Karn etc. etc.

Gebrauchte Instrumente, bestens renoviert, sind stets in Auswahl vorrätig. [437]

Sichere Garantie. Billigste Preisberechnung.
Kulante Zahlungsbedingungen.

Hoffmann-Pianos



Mehrf. prämiert. Fabrik. - 20J. Garant.
Georg Hoffmann, Hof-Pianofabrik
Berlin 74 nur Leipzigerstr. 50
Den Herren Lehrern bedeut. Preisermäßigung sow. Zahlungserleichterung.
Für Zuweisung von Käufern zahle hohe Provision!



Soeben ist erschienen:

Handbuch für Fortbildungsschullehrer

von

Fachlehrer Heimann.

Das erste umfassende Handbuch über das gesamte Fortbildungsschulwesen.

Preis broschiert 2 M., in Leinen gebunden 2,80 M.

Ferner empfehlen wir

Stoffe

aus

Volkswirtschaftslehre und Gesetzeskunde

nebst einem Anhang:

Die geschichtliche Entwicklung des Handwerks.

Von Georg Mantel.

Ein Lehr- und Lernbuch für alle Klassen der gewerblichen Fortbildungsschule.

Preis 80 Pf.

Verlag von Priebatsch's Buchhandlung

BRESLAU, Bing 58

An der evangelischen Volksschule zu Bismarckhütte wird zur Vertretung eines erkrankten Lehrers eine **Lehrerin** gesucht.

Antritt sofort. Entschädigung monatlich 90 M.

Meldungen mit Zeugnisabschriften an den Gemeindevorstand zu Bismarckhütte. [541]

Die Weihnachtsfeier

i. d. Schule u. i. Familienkreise v. Hauptl. Erley in Gahlen bei Wesel. Selbstverl. 1. Heft. 1,25 M.; 2. Heft. 75 Pf. Nrh. i. No. 17.

Tausende Räncher empfehlen



meinen garantiert ungeschwefelten deshalb sehr belohnlichen und gesunden Tabak. 1. Tabak's Pfeife u. maionit zu 9 Pf. meines berühmten Hörstextabak f. 4,25 fct. 9 Pf. Pastorenabak u. Pfeife kosten nur 5 M. fct. 9 Pf. 2. Tabak's Pfeife u. Pfeife M. 6,50 fct. 9 Pf. holl. Canaker und Pfeife M. 7,50 fct. 10 Pf. Frankfurt Canaker u. Pfeife f. fct. 10 M. gegen Nachnahme bitte anzugeben, ob nebenstehende Gesundheitspfeife oder 1. reichgegn. Holzpfeife o. eine lange Pfeife erwünscht.

E. Köller, Bruchsal (Baden). Fabrik. Weltberuf.

Eduard Stilgehauer. Das Liebesnest. Berlin, Richard Bong, 4 M.

Kein Einsichtiger wird dem Schriftsteller das Recht bestreiten, da, wo es die künstlerische Notwendigkeit erfordert, auch das Unerquickliche, Häßliche, eben die Nachtseiten des menschlichen Lebens zur Darstellung zu bringen. Wenn sich aber das Grausige und Gemeine ohne zwingenden Grund in solchem Maße häuft wie in vorliegendem Romane, so wird es einem nachgerade unmöglich, an die künstlerische Absicht des Verfassers zu glauben. St. hatte schon im „Börsenkönig“ den Sensationsgelüsten des Publikums die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht; in diesem Buche ist er völlig Spekulant, der dem bösen Lesemob alles vorsetzt, was sein Herz nur begehrt: Lüge und Erpressung, Betrug und Ehebruch in widerlichster Form, geistiger und leiblicher Mord, die raffinierteste menschliche Grausamkeit neben bacchantischen Orgien im breitesten Casanovastil, kurz einen wahren Hexensabbath menschlicher Gemeinheit und Verworfenheit. Ohne St.'s Vorzüge — geschicktem Aufbau der Handlung und kraftvolle, lebendige Darstellung — zu verkennen, müssen wir doch ein Buch ablehnen, das mit den abstoßendsten, grübsten Mitteln der Kolportage-technik arbeitet. Wenn man das Buch weglegt, sieht man sich unwillkürlich nach Wasser und Seife um. Schade um diese Verirrung eines begabten Schriftstellers.

Ang. Otto, Seminarlehrer. Volksschriftsteller und Hauspoeten.

Ein Beitrag zur Geschichte der volkstümlichen Literatur des 19. Jahrhunderts. Soest, P. G. Capell.

Dieses breit angelegte Werk will in ausführlichen, gut orientierenden Monographien unsere besten volkstümlichen Schriftsteller, unter ihnen Ganghofer, Achleitner, Hansjakob, Sperl, Timm, Kröger, Max Eyth, Steinhausen, Sohnrey u. a. behandeln. Heft 1 berichtet über Johannes Dose, Sperl und August Zahn. Heft 2 über Beyer, H. Seidel, H. A. Seidel und Kreutzer. Die anderen Hefte erscheinen in zwangloser Folge. Als Hilfsmittel im Kampf gegen Schundliteratur und als Orientierungsschriften für Literaturstudierende und Bibliotheksleiter sei das Unternehmen freudigst begrüßt.

Wohlgemuth, Wie's daheim war, und Auf der Wacht. Verlag von Klinckschield-Verlag, Leipzig. Part. und St. (à 20 \mathcal{P}) 1,40 M.

Der Erfolg des „Altdutschen Liebesliedes“ hat W. veranlaßt, zwei an Stimmungsgelalt ähnliche Chöre zu komponieren, die beim Publikum mit gleicher Wärme aufgenommen werden dürften.

Werner, A. Hummels Kleine Naturkunde. 7. Aufl. 1908. Preis 1 M. Leipzig, F. Hirt & Sohn.

Dieses beliebte und hübsch ausgestattete Hilfsbuch wird auch in der neuen Bearbeitung Anerkennung finden.

Prof. Dr. Otto Schmell, Lehrbuch der Botanik für höhere Lehranstalten und die Hand des Lehrers sowie für alle Freunde der Natur. Unter besonderer Berücksichtigung biologischer Verhältnisse bearbeitet. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig (Erwin Nägele). Geb. 4,80 M.

Den außergewöhnlichen Erfolg, den das Schmeilsche naturwissenschaftliche Unterrichtswerk aufzuweisen hat, verdankt dieses gleichermaßen der lebensvollen textlichen Darstellung der Naturwesen wie seiner vornehmen künstlerischen Ausstattung. Es ist Genuß und Belehrung zugleich, in dem Werke zu lesen und zu blättern. Und unablässig ist der Verfasser bemüht, sein Werk zur höchsten Vollendung zu führen. Die uns vorliegende Neuauflage des Lehrbuches der Botanik — es ist seit dem vor 5 Jahren erfolgten Erscheinen des Buches die 21. — ist textlich sorgfältig durchgesehen und teilweise erweitert; die Zahl der Abbildungen ist noch vermehrt, einige bunte Tafeln sind durch noch schönere ersetzt worden. Die Schmeilschen Lehrbücher sollten in keines Lehrers Bücherschatz fehlen.

Der Mensch und die Erde. Herausgegeben von Hans Kraemer.

Vollständig in 120 Lieferungen à 60 \mathcal{P} . 51.—55. Lieferung. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Berlin W. 57.

Die vorliegenden Lieferungen, die sich mit Abschnitten aus der Pflanzenkunde befassen, bringen auch eine Abhandlung von Prof. Schwappach über Wald- und Forstwirtschaft. In dieser ist auch die Frage beantwortet worden, welchen Einfluß der Wald auf das Klima ausübt. Prof. Schwappach kommt auf Grund eingehender Studien zu Resultaten, die von allgemeinstem Interesse sind, besonders da sie von den landläufigen Anschauungen nicht unwesentlich abweichen.

Dr. K. Guenther, Vom Urtier zum Menschen. Ein Bilderatlas zur Abstammungs- und Entwicklungsgeschichte des Menschen. Vollständig in 20 Lieferungen à 1 M. Lieferung 2—7. Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Das schon angezeigte Werk liegt nunmehr in 7. Lieferung vor. Es sind recht schwierige Kapitel, zu deren Erkenntnis uns der Verfasser mit sicherer Hand und mit leichtverständlichen Erklärungen gelangen läßt. Ganz besonderes Interesse gewinnen die vorliegenden Lieferungen, da sie den Leser und Beschauer mit dem Werden der ersten Organe vertraut machen und ihn auf diese Weise leicht in

das Verständnis der um so viel komplizierteren menschlichen Organe und ihres wunderbaren Zusammenwirkens einführen.

W. B. Bach, Lehrer und Rektoren. Ein Beitrag zur Orientierung über die Rektorenfrage. Heft 103 der pädagogischen Abhandlungen. Einzelpreis 40 \mathcal{P} . Verlag: A. Helmichs Buchhandlung in Bielefeld.

Ein Büchlein von 27 Seiten, das in dem gegenwärtigen Streite sicher von vielen willkommen geheißen wird, da es tatsächlich reiches Material zur Orientierung bietet.

Wohlrahe, Schäden und Gefahren der sexuellen Unsittlichkeit und deren Bekämpfung. Leipzig, Dürr. 1908. 84 Seiten. Brosch. 1,20 M.

Markuse, Sexualprobleme. Frankfurt a. M. 1908. Sauerländer. (Der Zeitschrift: Mutterschutz, neue Folge, Heft 1.)

Die erste Schrift ist eine überaus klare und gedrängte Zusammenstellung aller einschlägigen Fragen. — Die zweite, eine fortlaufende Zeitschrift, bietet sehr wichtige und fesselnde Aufsätze über die fraglichen Probleme.

Wissenschaft und Bildung. Leipzig, Quelle & Meyer.

Die von dem Verlage neu herausgegebene Sammlung, welche pro Band in elegantem Leinwandband 1,25 M kostet, bietet in den vorliegenden vier Nummern:

Schuster, Das Nervensystem,

Weber, Die Großstadt und ihre sozialen Probleme,

Geiger, Rousseau,

Löhr, Volksleben im Lande der Bibel

sehr interessante und beachtenswerte Einzeldarstellungen, die wärmste Empfehlung verdienen.

Joh. Westphal, Hilfsbuch für den Religionsunterricht an evang. Präparandenanstalten. Verlag: Dürr, Leipzig. 3. Auflage. 148 S. Preis geb. 1,80 M.

Wenn das Buch, das in 3 Teilen das ev. Kirchenlied, Psalmen und gottesdienstliche Einrichtungen behandelt, in verhältnismäßig kurzer Zeit 3 Auflagen erlebte, so spricht das schon für seine Notwendigkeit und Brauchbarkeit. Der Lehrer der höheren Klassen an Volks- und Mittelschulen kann das Buch bei der Vorbereitung wirksam benutzen.

W. Vorbrott, Quellenbuch für den ev. Religionsunterricht zunächst in Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten. 2. Aufl. Verlag: C. Dülfer, Breslau. 207 S. Preis geh. 2 M, geb. 2,40 M.

Es ist ein ausgezeichnetes Werk des Wetzlarer Seminardirektors, das hier in zweiter Auflage erscheint. Das Buch ist in Beziehung zu des Verfassers Kirchengeschichte (C. Dülfer, 1,80 M) bearbeitet, kann aber auch neben jedem andern kirchengeschichtlichen Werke benutzt werden. Die Auswahl ist sehr geschickt. Sie reicht von den Zeiten des Euripides bis zu Kaiser Wilhelm II. Im Seminar muß vieles der Privatlektüre überlassen werden.

Vakanzen.

Minkowsky, Kr. Namslau. 2. ev. Lehrerstelle bald zu besetzen. Meldungen sofort an den Kreis Schulinspektor in Namslau.

Kl. Uibersdorf, Kr. Gr.-Wartenberg. Ev. Lehrerstelle zum 1. Dezember d. J. zu besetzen. Meldungen binnen 1 Woche an den Kreis Schulinspektor in Gr.-Wartenberg.

Briefkasten.

F. hier. Vergessen Sie nur nicht, daß jetzt immer Mittwoch Abend das Lesezimmer geöffnet ist, nicht mehr Freitag. — Pension. Besten Dank für die männliche und weibliche Gratulation. Zeitschrift kam gerade noch zurecht und war sehr willkommen. — Ratibor. Herzlichen Dank der getreuen Runde! Das Gesundheitsfläschchen hat gut gewirkt. — K. in S. Haben ein Sätzchen zugefügt, mit dem wohl der Herr Berichtstatter einverstanden ist. Lohntabelle sofort wohl verwahrt. — M. hier. Das neue Blatt, Filiale „Deutsche Tagesztg.“, hat auch uns vorgelegen. Was sollen wir dazu sagen? Höchstens könnten uns die 9 Mann aus Schlesien ein wenig interessieren. — Mittelschule. Antwort per Karte. — Schriftliche Antwort erfolgt auch auf einige andere Anfragen. So leicht lassen sich dergleichen Sachen nicht immer erledigen.

G. Henneberg, Zürich

Direkte Bezugsquelle von **Seidenstoffen jeder Art.**

Schon verzollt! — Verlangen Sie Muster!

Hilfsmittel für den neuzeitlichen Zeichenunterricht

Priebatsch's Zeichenständer, 25 *℔*, mit Block (enthaltend 10 Blatt) 35 *℔*, bei Abnahme von 100 Stück à 30 *℔*.

Billigster Zeichenständer

Zeichenblocks (10 Blatt, auf Pappdeckelunterlage) in grau und gelb à 10 *℔*.

Zeichenmaterialien:

Zeichenkohle 4 Stück in Etui 5 *℔*.

- Kohlenhalter à Stück 5 u. 10 *℔*, Zunder à Stück 10 *℔*
- Knetgummi 5 *℔*
- Pastellstifte, 6 Stück in Etui 10 *℔*, 12 Stück in Etui 20 *℔*
- Baumgart's Farbkasten, 4 Grundfarben à Stück 30 *℔*
- 7 40 *℔*
- Doppel-Pinsel à Stück 10, 15, 20, 30, 40 *℔*
- Fixativ à Flasche 20 und 30 *℔*, 1 Literflasche 2,50 *M.*
- Fixativspritzen à Stück 15 *℔*, verstellbar à Stück 25 *℔*, in Metall verstellbar 40 *℔*
- Champagnerkreide 12 Stück 25 *℔*

Alle Lehrmittel für den Zeichenunterricht: Schmetterlinge in Glaskästen von 50 *℔* bis 3 *M.* Vögel, ausgestopfte Tiere, Fliesen. Blätter, Gebrauchsgegenstände aller Art in großer Auswahl vorrätig.

P. A. Wagner,

Praxis der neuen Zeichenmethode für die Volksschule

- Teil I. Unterstufe, *M.* 1,20: Der Erfolg im Gedächtniszeichnen. a) Methodik. b) Sammlung einfacher Lebensformen (140 Zeichnungen). c) Stoffpläne. d) Materialien. 5. verb. Auflage.
- Teil II. Mittelstufe, *M.* 2,25: a) Freihandzeichnen aus dem Gedächtnis, 66 Lebensformen. b) Freihandzeichnen nach der Natur, 70 Motive. c) Malübungen, 137 Motive, Information über Methodik, Technik, Stoffeinteilung, Lehr- und Lernmittel. 3. verb. Auflage.
- Teil III. Oberstufe, *M.* 2,75: 1. Freihandzeichnen aus dem Gedächtnis. 44 Lebensformen. 2. Farbentreffübungen. 6 Malübungen. 3. Freihandzeichnen nach der Natur. 70 Studien, Stilleben und Skizzen. 4. Linearzeichnen. 90 Zeichnungen. (Linearzeichnen für Mädchen. 20 Zeichnungen.) Information über Methodik, Technik, Stoffeinteilung, Lehr- und Lernmittel. 2. vermehrte und verbesserte Auflage.

Krause, W., Praktisches Handbuch für den neuzeitlichen Zeichenunterricht, broch. 1,80 *M.*, kart. 2,20 *M.*

Priebatsch's Buchhandlung, Breslau I
Lehrmittel-Institut

Rheinweine

eign. Kelterung, Weißw. 60 b. 110 *℔*
Rotw. 80 u. 100 *℔* p. Ltr., in Fäss. v.
20 l ab, in Kist. mit 12, 30, 50 Flasch.
Postkolln mit 4 Sorten fr. für 2,50 *M.*
Lehrer Theodor Windisch,
Weingutsbes., Mommenheim, Rheinh.

Hoche. Büfett u. Schreibtisch,
echt Nußb., b. z. verk. Breslau,
Anderssenstraße 1. [464 h

Schülerbibliotheken.
Verzeichnisse kostenfrei.
Priebatsch's Buchhdlg., Breslau.

PIANOS von 380 *M.* an
HARMONIUMS von 33 *M.* an
Höchster Rabatt. Kleine Raten. Miete. Prachtkatalog B 35 gratis.
Größter Umsatz. Allergünstigste Bezugsquelle. Firma 1861 gegr.
WILH. RUDOLPH, Hoflieferant, **GIESSEN** Obweg 52.

Carl Gottlob Sehuster jun.

Geigenmacherei
ersten Ranges.
Markneukirchen, Sa., No. 551.
Probensendungen bereitwilligst. — Hoher Rabatt
Katalog über alle Instr. umsonst.

== Vorzügliche Weihnachtsreden: ==
Haßfelder, 10 Reden nebst
Programm zur Weihnachts-
feier. 2. Auflage. 80 *℔*
Alfred Hufelands Verlag in Minden i. W.

Für Gartenfreunde.

10 Stück hochf. veredelte Rosen
in 10 Sorten nur *M.* 2,75.
Gratis versende meinen Katalog über
ea. 40 Sorten Rosen, Obstbäume, Koni-
terer, Blumenzwiebeln etc.
Rich. Lessmann, Altona. Elbe.
Versandgärtnerei. [430 k

Aloys Maier, Hofliefer. Fulda Gegr. 1846
Harmoniums
Das seelen- und gemütvollste aller Hausinstrumente
kann jedermann ohne Vorkenntnisse sofort 4 stimmig
spielen, mit dem neuen Harmonium-Spiel-Apparat.
Preis 30 *M.* Reich illust. Harmonium-Cataloge gratis.

Wilhelm Herwig, Markneukirchen i. S.
Für Lehrer,
Schüler, Vereine
und Orchester.
Garantie
für Güte
Preisliste frei.
Welches Instrument gekauft
werden soll, bitte anzugeben.
Direkt vom
bedeutendsten
Fabrikations-
orte der Erde.

Weihnachtsgeschenk!

Hilfe bei Gicht und Rheuma.



Bad im Koffer.

In einigen Minu-
ten ohne jede Be-
dienung fertig.
Überall aufstell-
bar, da keine Be-
lastigung durch
Wasser o. Dampf.
Ein Vollbad
kost. nur 5 Pf., ein
Kohlensäurebad
nur 30 Pf.
Gibt Gesundheit, Kraft u. Energie;
ist wohltuender und erfrischender als
ein Warmbad. Preis Mk. 20,50.
Absolut keinen Raum beanspruchend,
nach Gebrauch zusammengelegt nur 11 cm tief.

Aus
führlich,
Prospect.
gratis.

D.R.P. a. G. M. No.
Frish & Co.
Berlin S.O. 16

MANNBORG,
Erste Harmonium-
fabrik in Deutsch-
land nach Sauerwind-System.
Harmoniums
in höchster Vollendung.
Von den kleinsten bis zu den
kostbarsten Werken.
Höchste Auszeichnungen.
Fabrik: Leipzig-Lindenau, Angerstrasse 38.

Emmer.
Pianos
und Harmoniums.
20jähr. Garantie, franco zur
Probe; bequeme Zahlweise. 6.
Barzahl. höchster Rabatt. Katalog
gratis. Firma gegründet 1870.
Berlin C., 28 Sendefstr. 20.



Pianos in jeder Holz- und Styl-
art, mit vorzüglicher
Tonfülle, Spielart und Stimmhaltung
liefert zu sehr mäßigen Preisen
Albin Schneider, Pianofabrik
in Liegnitz.

In der heutigen Nummer liegen
4 Sonderbeilagen:

1. vom Neuen Verein für deutsche
Literatur, Berlin, ein Jubiläums-
Angebot von Werken des Biblio-
graphischen Instituts, Leipzig;
2. aus dem Verlage von Bonness &
Hachfeld, Potsdam, über das
Selbstunterrichtswerk „Konservatorium,
Schule der gesamten
Musiktheorie“ und verschiedene
andere Werke;
3. aus der Trautweinschen Piano-
forte-Fabrik, Berlin, über ein
Ausnahme-Vorzugs-Angebot und
Rabatt-Tabelle für Lehrer;
4. der 24. Jahresbericht des Kinder-
heims zu Seidenberg.